



FIGU – ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Zweimal monatlich

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

5. Jahrgang
Nr. 111, Feb./1 2019

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19 «Meinungs- und Informationsfreiheit» gilt absolut weltweit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen in Artikeln und Leserbriefen usw. müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, der «Lehre der Wahrheit, Lehre des Geistes, Lehre des Lebens» sowie dem Missionsgut der FIGU.



=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäußerte Wünsche aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus den neuesten geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte Fakten betreffs der früher weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführten Kontroverse.

Lässt (Anm. Billy: liess) Merkel die Petition gegen den UN-Migrationspakt manipulieren?

23. November 2018 Deutschland, International



Bild Merkel: Armin Linnartz [CC BY-SA 3.0 de], Bildkomposition: Info-DIREKT

Insgesamt 56 Mal wurde von unterschiedlichen Personen versucht, eine Petition gegen den UN-Migrationspakt auf der Seite des deutschen Bundestages veröffentlichen zu lassen. Eine dieser vielen Petitionen wurde nun – auf Druck der AfD – endlich vom Petitionsausschuss zugelassen. An einem reibungslosen Ablauf dieser Petition hat die deutsche Bundesregierung jedoch scheinbar noch immer kein Interesse. Kritiker vermuten sogar eine bewusste Manipulation.

Wer die Petition 85565 unterzeichnen will, braucht viel Geduld: Erst nach mehreren Versuchen und endlos langen Ladezeiten gelangt man auf die Petitions-Seite. Klickt man dann auf „Petition unterzeichnen“, beginnt die Geduldsprobe von Neuem.

Dass sich die Unterzeichnung der Petition schwierig gestaltet, könnte auch Zufall sein. Daran kann Martin Hebner, AfD-Bundestagsabgeordneter, jedoch nicht mehr glauben. Auf Facebook kritisiert er

beispielsweise, dass das Petitionszählsystem keine Datenbank habe, die das System synchronisieren würde. Dadurch könnten zahlreiche geleistete Unterschriften verloren gehen, ohne dass davon jemals jemand erfahren würde. Hebner bezeichnet diesen Umstand als „**Mega Stümperei**“.

Die eingeschränkte Erreichbarkeit der Seite und die technischen Unausgereiftheiten der Bundestags-Petition sind jedoch nicht die einzigen Kritikpunkte. Martin Hebner dazu:

„Nachdem gestern [Amk d. Red.: 21.11.2018] innerhalb von wenigen Stunden einige Tausend Unterschriften zusammenkamen, stellten wir schnell fest, dass die Zunahme immer wieder durch drastische Rückgänge unterbrochen wurde.“

Auf Facebook wirft Martin Hebner **Bundeskanzlerin Merkel** nun vor, dass sie „**Demokratie und Rechtsstaat**“ **vorsätzlich nur simulieren würde**. Auch aufgrund dieser Vorgänge rund um diese Petition fordert die AfD weiterhin eine Volksabstimmung über den UN-Migrationspakt. Zudem überlege man, eine Strafanzeige gegen den Petitionsausschuss einzubringen.

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/11/23/laesst-merkel-die-petition-gegen-den-un-migrationspakt-manipulieren/>

Zur merkelschen Handherz-Haltung sei folgendes Kurzgespräch zwischen Ptaah und mir, Billy erwähnt:

Billy , doch da kommt mir gleich die Frage hoch, wie eigentlich das Herzhandzeichen zu bewerten ist, das die deutsche Bundeskanzlerin Merkel immer macht, wenn du das beurteilen kannst, wie das ja auch dein Vater Sfath konnte und verstand, aus den Hand- und Fingerhaltungen der Menschen ihren Charakter und ihr Wesen usw. zu beurteilen?

Ptaah Die Handherz- und Fingerhaltung der von dir genannten Frau Merkel bedeutet: Das herzförmige Fingerhalten und das dabei gleichzeitige Fingerspitzenberühren der Mittel- und Ringfinger erfolgt unbewusst, weist auf Sektierismus hin und bedeutet auch, dass diese Person grenzenlos herrsch- und machtbesessen, selbstherrlich, lobsüchtig, in jeder Beziehung bedenkenlos zweckbezogen in ihrem persönlichen Handeln, nur auf sich selbst und ihr Wohl bedacht, wie auch unberechenbar und verantwortungslos in unbedachten Entscheidungen und Handlungen ist.

Billy Danke, das muss ich mir merken, und wozu ich denke, dass sich besonders das bezüglich der letzten Worte, die du gesagt hast, auch auf ihre <Willkommenskultur> bezieht, wie aber auch darauf, was du gesagt hast hinsichtlich des bedenkenlosen zweckbezogenen persönlichen Handelns, wenn ich das in Zusammenhang bringe mit dem, was du mir früher gesagt hast in bezug auf sie und ... Aber einiges mehr zu erklären, könnte doch etwas mehr Licht in die Sache bringen. Mir kommt nämlich eben noch die Frage hoch, wie eigentlich das Herzhandzeichen, das die deutsche Bundeskanzlerin Merkel immer macht, in noch besserer Ausführung und Erklärung zu bewerten ist. Das, weil du ja im Gegensatz zu unseren fachidiotischen Psychologen und sonstigen Psychofritzen und Psychiatern usw. – wobei ich nur jene Besserwissern meine, die alles verkomplizieren, aber nichts wissen, wahrheitlich auf diesem Gebiet absolute Nieten und trotzdem besserwisserisch sind – das aus fachlich bester Erfahrung und klarer Sicht und deiner Kenntnis der Fingerhaltungen der Menschen beurteilen kannst. Das hast du mir ja schon oft bewiesen, wie ja auch dein Vater Sfath es konnte und verstand, aus den Hand- und Fingerhaltungen der Menschen ihren Charakter und ihr Wesen usw. zu lesen und zu beurteilen, so hätte ich nun gerne von dir gewusst, wie dieses Herzhandzeichen zu bewerten ist. Meinerseits habe ich zwar diesbezüglich, eben in bezug auf Finger- und Handhaltungen usw., einiges von Sfath gelernt, doch denke ich, dass du als Gelerner und eben als wirkliche Fachperson auf diesem Gebiet das Ganze besser beurteilen kannst als ich, weil ich diesbezüglich nicht speziell versiert bin, sondern meine erlernte Kenntnis nur für meinen <Hausgebrauch> nutze.

Ptaah Wie sagst du doch immer: Man soll nicht das Licht unter einen Scheffel stellen. Du weißt ja, was ich damit sagen will. Was nun aber die Handherz- und Fingerhaltung der von dir genannten Merkel betrifft, so ist diese tiefenpsychologisch auszulegen. Das bedeutet, dass alle psychologischen und psychotherapeutischen Ansätze zusammengefasst werden müssen, denn nur die daraus hervorgehenden Werte zusammen weisen die unbewussten psychischen Vorgänge auf, durch die dem menschlichen Verhalten und Erleben erst ein hoher Stellenwert für die Erklärung des Ganzen des zu Beurteilenden beigemessen werden kann. Das zentrale der Beurteilung dessen, wonach du fragst, also das <Herzfingerhalten>, wie du es nennst, ist <unter der Oberfläche> des Bewusstseins und den daraus resultierenden Gedanken und deren Gefühlen und damit in den Tiefenschichten der Psyche zu suchen, in der weitere unbewusste Prozesse ablaufen, die das bewusste Psycheleben sehr stark be-

einflussen. Und wenn ich sage <das bewusste Psycheleben>, dann ist das <bewusste> als Gedanken-Gefühls-Handlungsfaktor zu verstehen, folgedem also ...

Billy Entschuldigung, wenn ich dich unterbreche, denn ich möchte verstehen, was das <bewusste> als Gedanken-Gefühls-Handlungsfaktor bedeutet, denn wenn ich diese Worte nachzuvollziehen versuche, dann verstehe ich darunter nicht etwas <Bewusstes> und damit also kein <bewusstes Handeln>, sondern einfach eine Gedanken-Gefühls-Handlung, die jedoch unbewusst und also nicht bewusst durchgeführt resp. getan wird. Damit ergibt sich für mich <das bewusste Psycheleben> einfach als selbständiger Faktor, den ich in bezug auf das <bewusste> nur als Bestehen und Vorhandensein des Psychezustandes definieren kann, der sich derart bemerkbar macht, dass daraus heraus als letzter Fakt automatisch, aber effektiv ohne bewusste Gedanken und Gefühle gehandelt wird, wobei <das bewusste Psycheleben> oder eben dessen <bewusstes> nur den eigentlichen Psychezustand verkörpert, jedoch nicht ein bewusstes Handeln.

Ptaah Das ist richtig, und folgedem kann ich dir die Antwort zu deiner Frage in gleicher und schon erklärter Weise nochmals auslegen: Das herzförmige Fingerhalten und das dabei gleichzeitige Fingerpitzenberühren der Mittel- und Ringfinger erfolgt unbewusst und bringt ein Verhalten zum Ausdruck, das die gesinnungsmässige Haltung einer äusserst starken moralischen Falschheit kaschieren soll. Weiter soll damit auch das verborgene tiefgründige lügenhafte, herrschsüchtige und arglistige Gekünsteltsein und das vortäuschende würdelose Gebaren beschönigt, vorgegaukelt und damit verhindert, verheimlicht und auch die ganze Verlogenheit durch das herzförmige Fingerhalten in ein Licht eines vorbehaltlosen Vertrauens sowie einer bedenkenlosen Ehrlichkeit und Prägnanz gestellt werden. Ausserdem weist das Ganze dieser herzförmigen Fingerhaltung auf einen Sektirismus hin und sagt zudem aus, dass diese Person grenzenlos herrsch- und machtbesessen, selbstherrlich, selbstlobsüchtig, lobheischend und auch in jeder Beziehung bedenkenlos zweckbezogen in ihrem persönlichen und gesamthaft umfeldbedingten Handeln nur auf sich selbst und ihr Wohl bedacht und auch unberechenbar und verantwortungslos in unbedachten Entscheidungen und Handlungen ist.

Billy Danke, das muss ich mir merken, und dazu denke ich, dass sich das bezüglich deiner letzten Worte, die du gesagt hast, besonders auch auf die merkelsche <Willkommenskultur> bezieht, durch die sie die Flüchtlingsströme hervorgerufen und heraufbeschworen hat, wofür sie weder die Verantwortung tragen kann, noch negative Konsequenzen für sie daraus entstanden sind. Aber alles bezieht sich auch darauf, was du gesagt hast hinsichtlich des bedenkenlos zweckbezogenen persönlichen Handelns, wenn ich das in Zusammenhang bringe mit dem, was du mir früher gesagt hast in bezug auf sie, hinsichtlich ihres ...-Verhaltens, um dadurch ins Kanzleramt erhoben zu werden. ...

Zur Flüchtlingsdebatte

Betreff: Hintergrundworte zur Flüchtlingsdebatte auf <https://www.nachdenkseiten.de/?p=47013#more-47013>
voller Text = 12. November 2018 um 12:18 Uhr | Verantwortlich: Redaktion

Zur Flüchtlingsdebatte. Veröffentlicht in: Das kritische Tagebuch.

Der Autor dieses Beitrags, Marco Wenzel, lebt in Thailand. Er war während seiner Berufstätigkeit Gewerkschaftssekretär, denkt viel über politische und ökonomische Zusammenhänge nach und – für die <NachDenkSeiten> besonders erfreulich – Marco Wenzel stellt von Dienstag auf Mittwoch die Hinweise des Tages zusammen. Dies ist ein besonders geschicktes Arrangement. Denn Marco kann den Vormittag nutzen, wenn es bei uns noch Nacht ist, um diese Arbeit zu leisten. Heute geht es aber nicht um die Hinweise des Tages, sondern um seine Beobachtungen zur Flüchtlingsdebatte. Herzlichen Dank für den Text. Albrecht Müller.

Zur Flüchtlingsdebatte.

Von Marco Wenzel.

Ein Gespenst geht wieder einmal um in Europa und dieses Mal ist es die Flüchtlingsdebatte. Kaum eine Frage wird im Augenblick so heiß und leidenschaftlich diskutiert, keine Frage spaltet die europäischen Staaten, die Gesellschaft und

leider auch die Linke zurzeit so sehr wie das Thema Flüchtlinge. Es ist eine richtige Kakophonie, die aus dem fernen Europa da zu uns nach Thailand dringt.

Und in der Tat, es ist ein vertracktes Thema, das der neoliberale Spätkapitalismus mit all seinen Ausuferungen der Linken da aufgedrängt hat. Ein hinterlistiges Thema. Denn gerade die Linke will und darf sich ja nicht mit einfachen Erklärungen abgeben, sondern muss der Sache auf den Grund gehen. Und die Problemlage ist vielschichtig, das Terrain ist vermint. Wer sich darauf begibt, läuft schnell Gefahr, unter Beschuss zu geraten. Unter Beschuss sowohl vom politischen Gegner als auch unter Beschuss aus den eigenen Reihen. Und gerade deshalb ist es so wichtig, Konsens und Klarheit in die Debatte hineinzubekommen.

Die Herrschenden wollen von den eigentlichen Ursachen der Flüchtlingswelle und damit von ihren eigenen Missetaten ablenken, denn die Ursache des Elends ist eine Verwertungskrise des Kapitals und die Gier der großen Weltkonzerne nach immer mehr Dominanz auf „freien Märkten“. Die Herrschenden stellen die Migrationswelle als ein plötzlich wie vom Himmel gefallenes Phänomen des 21. Jahrhunderts dar und spalten die Arbeiterklasse damit, dass sie Solidarität mit den Flüchtlingen gerade von denen einfordern, die das materiell am wenigsten bewerkstelligen können. Solidarität der Ausgebeuteten zu Hause mit den Ausgebeuteten ferner Länder, Solidarität mit den Brüdern und Schwestern, die zuwandern. Solidarität, internationale Solidarität ist ja eines der ureigensten Anliegen der Arbeiterklasse. Weltweite Solidarität der Proletarier untereinander, Proletarier aller Länder vereinigt euch, wie es im kommunistischen Manifest von 1848 heißt. Solidarität im Kampf gegen die Bourgeoisie ist hier aber gemeint, Solidarität der Arbeiter aller Länder gegen die weltweite Ausbeutung.

Die Zuwanderung, diese neuartige „Flüchtlingswelle“, haben die Herrschenden selber durch Kriege, Regierungsumstürze und durch den Entzug der Lebensgrundlage ganzer Völker verursacht. Gegen die negativen Folgen davon fordern sie jetzt die Solidarität der Einheimischen mit den Vertriebenen aus den Ländern, die sie zerstört und ruiniert haben. Damit sie ihre Politik der weltweiten Ausbeutung weiterführen können und damit andere deren negative Folgen abfedern. Ohne selbst etwas zur Schadensbegrenzung beizutragen zu wollen, ohne ihre Politik der neoliberalen Ausbeutung und Eroberung aufgeben zu wollen. Ohne Geld in die Hand zu nehmen, um den angerichteten Schaden wieder gutzumachen. Die Arbeiter in Deutschland, in Europa, sollen es nun richten, sie sollen es ausbaden. Sie sollen alle Vertriebenen ohne Wenn und Aber bei sich aufnehmen und mit ihnen das Wenige teilen, das die Herrschenden ihnen noch gelassen haben. Und wer Kritik an der damit verbundenen Politik der offenen Grenzen übt, gilt als Egoist und Rassist. Ein Fremdenhasser, der seinen Besitzstand wahren will, hartherzig und ohne Mitgefühl für das Elend in der Welt.

Ursachen der Migration und der Flucht – Kriege, Bürgerkriege und Regierungsumstürze.

Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr so viele Kriege und bewaffnete Konflikte wie heute. Die meisten dieser Konflikte waren Kriege der USA und ihrer Verbündeten im Rahmen des allgemeinen Krieges gegen den Terror. So wurden Afghanistan, der Irak und Libyen überfallen, illegale Kriege, alle angestiftet von den USA. In Syrien wurde ein Bürgerkrieg angezettelt und das Land wurde mit Raketen beschossen, es tobt ein Krieg im Jemen und es toben Bürgerkriege in der Ukraine, in Nigeria und in Somalia, in Pakistan und im Sudan. Der ganze Nahe Osten ist in Brand. Dazu kommen noch zahlreiche andere Konflikte wie in Darfur, Burma usw., die oft mit brutaler Waffengewalt ausgetragen werden und Kriege, Bürgerkriege und als Reaktion daraus terroristische Vergeltungsschläge hervorgehen. Söldner, Privatarmeen, gemäßigte und weniger gemäßigte Rebellen, Al-Kaida, Isis und Boko Haram. Fast immer bezahlt und ausgerüstet von den USA und ihren Verbündeten. Um Unruhe zu stiften und um nicht genehme Regierungen zu stürzen. Zerbombte Städte, zerbombte Häuser, kaputte Infrastruktur. Kein Wasser, kein Strom. Bomben, Mord, Terror und Vergewaltigung. Arbeitslosigkeit, Zukunftslosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung unter den Betroffenen. Die Fluchtursachen sind in diesem Fall militärischer Art.

Ungerechte Wirtschaftsverträge

Eine weitere wichtige Fluchtursache ist die Ausbeutung der Länder des „globalen Südens“ mittels ungerechter Handelsabkommen. An vorderster Stelle stehen hier die EPA-Verträge (Economic Partnership Agreements) mit den sogenannten AKP-Staaten, Ländern in Afrika, der Karibik und des Südpazifik. Ziel dieser Verträge ist die Öffnung neuer Märkte für europäische Produkte. Die EU nutzt dabei ihre starke Verhandlungsposition aus, um die Länder zur Unterschrift unter die Verträge zu drängen. Bei Unterschriftsverweigerung drohen hohe Importzölle in die EU, damit die Entwicklungsländer auf ihren Waren so lange sitzen bleiben, bis sie gezwungen sind, zu unterschreiben.

Unterstützt wird die EU dabei von der Weltbank, der Welthandelsorganisation und dem IWF, die für ihre Kredithilfen die Liberalisierung der Märkte, Abbau der Zölle, Privatisierungen und Abbau der öffentlichen Dienstleistungen fordern. Teil des Inhalts dieser Handelsabkommen ist immer Abbau der Schutzzölle, damit die europäischen Waren ungehinderten Zugang zu den Märkten, insbesondere zu den Märkten Afrikas bekommen. Öffentliche Beschaffungen dürfen nicht mehr national vergeben, sondern müssen international ausgeschrieben werden.

Infolgedessen werden die einheimischen Märkte Afrikas von europäischen Billigprodukten überschwemmt. Bekanntestes Beispiel sind tiefgefrorene Hähnchenteile aus der EU, die auf allen afrikanischen Märkten den einheimischen Geflügelzüchtern Konkurrenz machen und sie ruinieren. Aber auch Schweinefleisch aus allen Teilen der EU, Zwiebeln aus Holland, Tomaten aus Holland und Italien sowie Milchpulver, hergestellt aus der überschüssigen Milch von Kühen in der EU, sind gnadenlos billig und machen den einheimischen Kleinbauern Konkurrenz.

Altkleider werden in Europa gesammelt und in Afrika billig weiterverkauft, wo sie die einheimische Textilindustrie bereits ruiniert haben. Müll und Schrott werden nach Afrika exportiert, damit sie dort billig entsorgt werden können, von Menschen die den ganzen Tag für einen Hungerlohn unter sengender Sonne den europäischen Dreck sortieren und nach Wertbarem durchsuchen.

Die Gewässer vor den Küsten Afrikas sind von internationalen Fischereiflotten leergefischt und die lokalen Fischer mit ihren kleinen Booten kommen leer zurück. Ihre Fischerboote vermieten sie aus der Not heraus an Schlepper für die Überfahrt von Flüchtlingen nach Italien und Spanien.

Die europäischen Agrarprodukte sind in aller Regel subventioniert, die Fischkutter und die Fischfanglizenzen sind subventioniert, der Treibstoff und der Transport sind subventioniert. Die afrikanischen Bauern und Fischer aber erhalten keine Subventionen von ihren Regierungen, die haben dafür kein Geld. Freier und vor allem fairer Handel sieht anders aus.

Hinzu kommt noch der Landraub von großen ausländischen Konzernen, aber auch von Staaten wie Dubai und Saudi-Arabien, sogenannten Investoren, die ganze Landstriche in den armen Ländern billig aufkaufen oder auf lange Zeit pachten. So sichern sich diese Konzerne den Zugang zu Rohstoffen. Die ansässigen Familien, die oft seit Generationen dort wohnen, aber keine Besitzurkunden vorweisen können, werden vertrieben. Die Grundstücke werden anschließend eingezäunt und es werden Rohstoffe abgebaut, Grundwasser abgepumpt, in Flaschen gefüllt und als Mineralwasser in alle Welt verkauft oder es werden große Plantagen, meist Monokulturen, für den Export oder zur Erzeugung von Brennstoffen für europäische Autos, darauf errichtet. Einheimische werden dort kaum beschäftigt.

Diese Wirtschaftsabkommen machen jede Entwicklungshilfe sofort wieder zunichte. Sie zerstören die Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung und viele verlassen das Land in Richtung Europa in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Von ihrem Land vertrieben, von Billigprodukten aus dem Ausland ruiniert, Fischer vor leergefischten Ozeanen, ohne Arbeit und ohne Perspektive, hier spricht man dann gerne von „Wirtschaftsflüchtlingen.“

Hinzu kommen noch Flüchtlinge nach Definition der Genfer Konvention. Das sind Menschen, die auf Grund ihre Religion, Rasse, Nationalität usw. in ihrem Land verfolgt werden. Sie haben Anspruch auf Asyl. Daneben gibt es noch Flüchtlinge auf Grund von Naturkatastrophen. Deren Anzahl könnte sich wegen des Klimawandels in den nächsten Jahrzehnten erheblich steigern.

Die Grenzziehung zwischen diesen Kategorien von Flüchtlingen und Migranten ist zweifelhaft. Wer würde bestreiten wollen, dass Krieg oder Bürgerkrieg ein Fluchtgrund sei oder dass Hunger und Armut im eigenen Land keine ausreichenden Gründe seien, sein Land zu verlassen?

Laut offizieller Statistik gibt es derzeit weltweit etwa 260 Millionen Migranten, das sind Menschen, die ihr Heimatland verlassen haben. Davon wurden etwa 68 Millionen aus ihrer Heimat vertrieben, das sind so viele wie noch nie zuvor. Von dieser Entwicklung sind in erster Linie die Entwicklungsländer betroffen.

Es ist nicht Abenteuerlust, es sind Krieg, Armut und Hunger, die diese Menschen dazu veranlasst haben, ihre Heimat ohne Papiere und ohne Gepäck zu verlassen. Menschen sind in der Regel sesshaft und verlassen nur ungern auf Dauer und auf ungewisse Zukunft ihre Familie, ihre Freunde, ihre Heimat. Es ist die Hoffnung, im Ausland Arbeit zu finden und ein besseres Leben zu führen, die zur Migration führt. Migration findet dann statt, wenn Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt werden oder ihres Lebens nicht mehr sicher sein können. Und genau da muss die Linke in ihrer Kritik ansetzen.

Grenzen sind dem Kapital ein Dorn im Auge. Investitionsfreiheit bedeutet auch, überall auf der Welt genügend Arbeitskräfte vorzufinden und die Gewinne zurückführen zu können. Unter der Mär fehlender qualifizierter Arbeitskräfte und des Facharbeitermangels wird jetzt ein neues Einwanderungsgesetz in Deutschland vorbereitet. Der UN-Migrationspakt kommt hier gerade recht und liefert einen weiteren Vorwand dafür. Der UN-Migrationspakt will die Migration kontrollieren und steuern. Kein Wort darüber, wie die Ursachen der Migration bekämpft werden sollen, wie der Migration als solcher entgegengewirkt werden kann. Das ist nicht das Ziel des UN-Migrationspaktes, das ist auch nicht das Ziel des Einwanderungsgesetzes der Bundesregierung.

Die Wirtschaft will neue, billige, möglichst bereits qualifizierte Arbeitskräfte und die Bundesregierung liefert sie ihnen frei Haus. Die Reservearmee wird grösser, der Druck auf die Löhne wird noch weiter steigen. Von der verschärften Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt ganz zu schweigen.

Anstatt in Bildung und Qualifikation zu investieren, holt man sich lieber Kräfte aus dem Ausland, deren Bildung von anderen Ländern bereits bezahlt wurde und die zu Hause dringend gebraucht würden. Man lässt junge Menschen von anderen Staaten ausbilden und beschäftigt sie dann in der BRD. Eine berufliche Zukunft haben diese jungen Leute in ihren Ursprungsländern meist eh nicht, die Wirtschaft dort liegt am Boden. Diejenigen Fachkräfte, die legal einwandern dürfen, werden aber kaum eine entsprechende Stelle finden und unterhalb ihrer Qualifikation zu Billiglöhnen arbeiten müssen.

Migration positiv betrachten, Migration gar als Chance zu sehen, heißt auch, Migration zu akzeptieren und heißt damit implizit auch, die Zustände in den Ursprungsländern zu akzeptieren, sie quasi als Ausdruck höherer Gewalt zu sehen, gegen die man eh nichts machen kann. Was nichts anderes bedeutet als eine Fortsetzung der neoliberalen Logik der freien Märkte, die selbstregulierend seien und unter deren Obhut alles am besten aufgehoben sei, sofern man nicht in ihre Entwicklung eingreife.

Und hier schließt sich der Kreis, denn die Migration ist schlussendlich das Resultat der Entfesselung der freien Märkte. Man sollte also nach neoliberaler Theorie auch die Migration nicht behindern, regulieren oder gar aufhalten, sondern man sollte im Gegenteil die Landesgrenzen weit öffnen für die Migranten, damit nicht nur das Kapital, sondern auch die

Arbeitskräfte sich frei bewegen und die Kräfte des Marktes sich entfalten können. Die „unsichtbare Hand“ der Märkte wird alles andere dann schon regeln, die Rassendiskriminierung inklusive.

Die Industrie- und Unternehmerverbände befürworten die Immigration. Für sie sind Immigranten potentielle Arbeitskräfte. Aus der sozialen Verantwortung haben sie sich schon lange verabschiedet. Die Flüchtlinge und Migranten werden in Konkurrenz mit den einheimischen Lohnarbeitern gesetzt. In einer Zeit, wo Arbeitslosigkeit grassiert, wächst der Lohn- und Druck jetzt noch mehr, die Löhne sinken weiter. Wer keinen gewerkschaftlichen Schutz genießt, ist den Arbeitgebern hilflos ausgeliefert. In der Heimat zu verhungern oder getötet zu werden oder im Westen seine Haut für einen Hungerlohn zu Markte zu tragen. Das ist die Alternative der Flüchtlinge.

Die Linke verweilt derzeit dabei in Schockstarre und starrt wie das Kaninchen auf die Schlange AfD. Sie versucht mit allen Mitteln sich von wirklichen oder vermeintlichen Faschisten jeder Couleur abzugrenzen. Und wenn die AfD, wenn auch aus anderen Motiven heraus, sagt, „die Immigration ist schlecht“ dann sagt ein großer Teil der orientierungslos gewordenen Linken: „Nein, Immigration ist gut, denn sie bringt gesellschaftliche Vielfalt“. Und fordert offene Grenzen für Alle. Das Kapital bedankt sich derweil für die unerwartete Schützenhilfe.

Die Linke muss das ganze Problem anpacken und nicht nur den Teilaspekt Flucht und Migration. In der Migration gar eine Chance zu sehen, ist kurzsichtig und politischer Selbstmord. Das bedeutet natürlich nicht, keine Kritik mehr daran üben zu dürfen, wie die Bourgeoisie mit den Flüchtlingen umgeht und sie nur als Arbeitskräfte sieht. Und das schließt natürlich auch Hilfe für die Flüchtlinge im Land ein, natürlich muss man den Menschen helfen. Aber man muss auch denen helfen, die nicht, (noch nicht?) hier angekommen sind, und man muss vor allem dabei helfen, dass sie erst gar nicht von zu Hause flüchten müssen. Das Problem der Flüchtlinge ist nur ein Aspekt der verheerenden Folgen, die der neoliberale kapitalistische Raubzug in der Welt anrichtet. Auch die Umweltzerstörung und ein drohender neuer Weltkrieg mit Atomwaffen gehören dazu. Wir müssen das Problem in seinem Ursprung bekämpfen. Alles hängt mit allem zusammen.

Linke Politik heißt also nicht nur, den Flüchtlingen zu helfen, sondern vor allem die Ursachen der Flucht zu bekämpfen. Es heißt, die ungehinderte Ausbreitung der großen Konzerne und ihren Raubzug durch die Länder der Dritten Welt zu stoppen, es heißt Kriege und Bürgerkriege zu verhindern oder zu beenden.

Öffnung der Grenzen allein kann keine linke Forderung sein, wenn sie nicht an Bedingungen geknüpft ist. Diese Bedingungen müssen darauf abzielen, der Migration das Wasser abzugraben, indem man die Not der Menschen, die sich auf die Flucht begeben, wirkungsvoll und nachhaltig in den Herkunftsländern bekämpft. Das muss aber durch praktische Maßnahmen geschehen und nicht durch Absichtserklärungen auf dem Papier. Und das heißt auch, Forderungen an das Kapital zu stellen. Das heißt auch, dem Kapital in den Arm zu fallen.

Stoppen werden die Flüchtlinge keine Grenzen und kein Frontex mehr, sondern nur die Aussicht auf eine Zukunft im eigenen Land. Gerechter Handel wäre ein erster Schritt dazu. Die wichtigsten Forderungen der Linken in diesem Kontext müssen sein: Kriege verhindern durch Einhaltung des Völkerrechts. Austritt aus und Auflösung der Nato. Schließung der Militärbasen der USA in Europa und für Deutschland insbesondere die Schließung von Ramstein. Zudem ein Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Kriegswaffen. Diejenigen, die völkerrechtswidrige Kriege angezettelt haben, diejenigen, die ohne UN-Mandat Bomben auf fremde Länder abwerfen lassen, müssen auch rechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Sie müssen verhaftet und vor den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gebracht werden. Ob sie Präsident der USA oder sonst eines Landes sind oder nicht. Abschaffung der ungerechten Handelsverträge mit Drittländern. Entwicklungshilfe zur Hebung des Wohlstands in den Herkunftsländern der Flüchtlinge. Angleichung des Sozialstandards und der Löhne. Gleiche Besteuerung für die Konzerne in allen Ländern. Unterbindung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Unbegrenzte Schadenshaftung für die Verursacher. Egal, ob es sie ruiniert oder nicht. Sie müssen wiederaufbauen, was sie kaputt gemacht haben. Solidarität und Zusammenarbeit mit linken Parteien und Gewerkschaften in aller Welt.

Weltoffen, bunt, vielfältig, tolerant. Das ist die schöne Welt, die es nur geben kann, wenn die Menschen auch untereinander gleich sind. Es ist auch eine Welt ohne Flüchtlinge. Buntheit und Vielfältigkeit bestehen heutzutage in einer Gesellschaft, wo die exotischen „Bunten“ gleichzeitig auch die Unterdrückten sind, diejenigen, die der Einheimische nur dann als bunte Vielfalt begrüßt, wenn sie ihm zu Diensten sind. Sobald die „Bunten“ Gleichbehandlung fordern, ist es mit der Toleranz vorbei. Und als Konkurrenten waren die „Bunten“ nie willkommen.

Nachtrag NachDenkSeiten: Da die Verabschiedung des UN Migrationspaktes vor der Tür steht (stand), werden wir auf das Thema Migration in der nächsten Zeit wohl immer wieder zurückkommen.

Zweite Erde:

Wie uns NASA-Sonden der Entdeckung von Exo-Leben näher bringen

Wissen 18:48 08.11.2018

Noch vor kurzem waren Wissenschaftler der Ansicht, dass die Erde keine Analoga außerhalb des Sonnensystems hat. Doch zwei NASA-Missionen – mit dem Weltraumteleskop Kepler und der Raumsonde Dawn – machten diese Vorstellungen zunichte. Über diese Revolution in der Astronomie erfahren Sie mehr in diesem Artikel.



In Unkenntnis

„Vor 35 Jahren, als über die Entwicklung des Weltraumteleskops Kepler gesprochen wurde, kannten wir keinen einzigen Planeten außerhalb des Sonnensystems. Jetzt wurde festgestellt, dass es in der Galaxie mehr Planeten als Sterne gibt. Das Kepler-Teleskop zeigte, dass die künftigen Generationen eine reale Chance auf die Erforschung und Kolonisierung der Milchstraße haben“, zitiert die US-Luft- und Raumfahrtbehörde NASA den Forschungsleiter der Mission, William Borucki.

Bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts waren die Vorstellungen von der Galaxie ziemlich simpel. Astronomen meinten, dass sie Milliarden Sterne, einige Schwarze Löcher, riesige Gas- und Staubelemente sowie Tausende Pulsare und andere ausgebrannte Sterne enthält.

Fehlende Informationen über andere Welten ließen die Planetenforscher rätseln, welche einzigartigen Bedingungen sich im Sonnensystem bildeten, damit dort gleich neun Planeten entstehen konnten.

Die ersten Planeten außerhalb des Sonnensystems wurden nicht dort entdeckt, wo sie erwartet wurden – nahe des Pulsars PSR B1257+12 im Sternbild der Jungfrau. 1992 entdeckten polnische Astronomen ungewöhnliche Störungen bei der Frequenz seiner Radioblitzes, was auf die Existenz zumindest eines Satelliten hinwies.

Weitere Beobachtungen dieses Objekts ließen die Quelle dieser Anomalien feststellen – zwei große steinige Planeten, die sich nahe dieses Pulsars drehten.

Diese Entdeckung stellte die Astronomen vor mehrere neue Fragen: Wie viele Planeten gibt es in der Milchstraße? Womit hängt diese unglaublich hohe Masse der Weltraum-Begleiter des Objekts zusammen? Gibt es Unterschiede zwischen den Planeten einfacher Sterne und Pulsare? Wie entstehen diese Himmelskörper? Gibt es dort Leben?

Lange Zeit begnügte man sich mit Hypothesen, weil die Planetenforscher keine Erfahrung mit einer großangelegten „Zählung“ der Welten außerhalb des Sonnensystems hatten.

Weltraum-Zyklus

Klassische Mittel der Entdeckung von Planeten, die sich auf Verschiebungen im Lichtspektrum der Sterne und auf die Frequenz der Blitze von Pulsaren stützen, eigneten sich nur für die Suche nach einzelnen Planeten. Eine „Inventur“ allein des Umfeldes der Sonne hätte mehrere Jahrhunderte in Anspruch genommen.

Das wurde möglich dank der Entwicklung von Computertechnologien und neuer Methoden für die Suche nach Exoplaneten – die so genannte Transit-Methode, die die Präzision zugunsten der Geschwindigkeit opferte. Eine hohe Sensibilität der Kameras war ein sehr wichtiges Element der Transit-Methode, die darauf beruhte, dass die Helligkeit der fernen Sterne sinkt, wenn sich auf deren Scheibe ein bzw. mehrere Planeten bewegen.

Solche Ereignisse sind sehr schwer zu fixieren angesichts vieler zufälliger Faktoren bzw. Prozesse in den Sternen, die ihre Helligkeit beeinflussen. Neue statistische Methoden und große Kapazitäten

der Computer sorgen dafür, dass dies nun festgestellt werden kann. Nach diesem Prinzip funktioniert das NASA-Weltraumteleskop Kepler, das 600 Mio. Dollar kostete und im März 2009 in den Orbit gebracht wurde. Es handelt sich faktisch um eine riesige Spiegel-Digitalkamera, die aus 42 Filmmatrizen besteht. Die Gesamtauflösung liegt bei 95 Megapixel, die gesamte Menge der zu erstellenden Angaben war so groß, dass das Teleskop nur rund fünf Prozent davon in Echtzeit an die Bodenstationen auf der Erde übermitteln konnte. Insgesamt wurden rund 530 000 Himmelskörper bis zu seiner Abschaltung Ende Oktober erforscht.

Schatten von Tausenden Planeten

Was hat das Kepler-Teleskop entdeckt? Es stellte sich heraus, dass fast alle Vorstellungen der Planetenforscher davon, wie die Planeten aussehen könnten und wie häufig sie anzutreffen seien, oft teilweise bzw. völlig fehlerhaft waren.

Borucki zufolge zeigten bereits die ersten Jahre des Kepler-Einsatzes, dass es in der Galaxie Milliarden Planeten gibt. Nach aktuellen NASA-Einschätzungen gibt es in der Milchstraße mehr Planeten als Sterne.

Im Laufe seines neun Jahre dauernden Einsatzes entdeckte das Kepler-Teleskop rund 5500 mögliche Planeten, darunter Dutzende potentielle Analoga zur Erde, die sich innerhalb der „Lebenszone“ befinden. Rund die Hälfte davon wurde als vollwertige Exoplaneten anerkannt – ihre Existenz wurde durch Beobachtungen mit anderen Teleskopen bestätigt.

Zudem weisen die Angaben dieser „Inventur“ darauf hin, dass Exoplaneten, die der Erde ähnlich sind, in der Galaxie deutlich häufiger anzutreffen sind als die Wissenschaftler gehaut hatten. Es hieß bislang, dass die verbreitetsten Planeten die so genannten „heißen Jupiter“ sein sollen. So nennen Wissenschaftler riesige Planeten, die sich äußerst nahe der Sonne drehen und extrem hohe Temperaturen haben.

Dank dem Kepler-Teleskop wurde festgestellt, dass dem nicht so ist. Kleinere steinige Planeten drehen sich fast um jeden zweiten Stern, der der Sonne ähnelt – „heiße Jupiter“ sind seltener anzutreffen. Allerdings gehören fast alle diese Planeten zu so genannten „Supererden“, deren Masse um das Drei- bzw. Vierfache größer als die der Erde ist. Über ihre Struktur, Zusammensetzung und Eigenschaften weiß man jedoch bislang nichts.

Eine weitere Überraschung hing damit zusammen, wo sich diese „unklaren“ Planeten befinden – ein Teil davon erwies sich als „Bewohner“ der Doppel- und Trippel-Sternensysteme, eine Art Analoga von „Tatooine“ aus dem erfundenen „Star Wars“-Universum.

Zuvor meinten die meisten Wissenschaftler, dass sich bei solchen Sternen wegen Gravitations-Instabilität im Prinzip keine Planeten bilden können, doch „Kepler“ entdeckte ein Dutzend solcher Sternensysteme und Hinweise auf die Existenz der „Tatooine“-Analoga der Erde.

Darüber hinaus entdeckte das Teleskop einige andere exotische Planetenfamilien, die den Glauben der Astronomen an die Einmaligkeit des Sonnensystems ins Wanken brachte. Die Drehung der Planeten im System Kepler-80 wurde beispielsweise so synchronisiert, dass sie sich alle 27 Tage in ein und dieselbe Figur bringen – auf ähnliche Weise sind Pluto und Neptun sowie Jupiter und mehrere Kometen verbunden.

Die Orbits der zwei „Supererden“ liegen im Kepler-36-System so nahe beieinander, dass sie sich fast berühren, doch es kommt nie zu einem Zusammenstoß wegen der synchronen Drehung. Noch exotischer sieht das Sternensystem Kepler-90 aus – es besteht aus acht kleinen und großen Planeten – ebenso wie das Sonnensystem –, würde aber im Raum zwischen der Sonne und der Erde bzw. zwischen den Orbits von Mars und Jupiter Platz finden.

Einzigartige Erde

Die Entdeckung dieser ungewöhnlichen Systeme sowie das Fehlen der direkten Analoga des Sonnensystems bewegten Wissenschaftler zu Gedanken darüber, wie einmalig die Erde, Venus, Mars und andere Planeten unseres Sonnensystems sind.

„Kepler“ und andere orbitale Teleskope bieten leider keine Antwort auf diese Frage — aus zwei Gründen. Sie können neue Planeten entdecken, aber lassen nicht verstehen, wie diese Planeten aussehen und ob es dort „Bausteine“ für Leben gibt. Zudem kann nicht gezählt werden, wie viele Supererden und andere „exotische“ Welten, die der Erde nicht ähnlich sind, in der Galaxie anzutreffen sind. Gut möglich ist, dass es in der Tat noch mehr kleinere Planeten gibt, die der Erde nach der Größe ähnlich sind, wodurch das Sonnensystem noch einzigartiger erscheint. Bislang ist es laut dem Professor der University of Colorado, Phil Armitage, unmöglich, diese Idee zu beweisen bzw. zu widerlegen. Auf der anderen Seite wurden einige Antworten auf diese schwierige Frage in der NASA dank einer weiteren Mission erhalten – von der Raumsonde Dawn, der ersten „mehrfach einsetzbaren“ interplanetaren automatisierten Station.

Die Raumsonde Dawn wurde im September 2007 gestartet, im Juli 2011 erreichte die Sonde erstmals in der Geschichte den Orbit um Vesta – eines Asteroiden des Hauptgürtels. Nach fünf Jahren erreichte Dawn den Zwergplaneten Ceres und blieb auf dessen Orbit bis zum Herbst dieses Jahres.

Wie sind diese zwar großen, jedoch kaum ungewöhnlichen Himmelskörper des Sonnensystems mit den Entdeckungen des Kepler-Teleskops und mit der Erforschung der Exoplaneten verbunden? Die von der Dawn-Sonde gesammelten Angaben zeigten, dass die beiden Zwergplaneten so genannte „gescheiterte“ Planeten-Keime waren, die sich einst in die Erde, ihre „große Schwester“, bzw. in Riesen-Planeten hätten verwandeln können.

Tausende solcher „Embryonen“ entstanden während der ersten Etappe der Entstehung des Sonnensystems und anderer Planetenfamilien. Ihr weiteres Schicksal hing von vielen Parametern ab, darunter von der Entfernung von der Sonne, von der Entstehungszeit, der chemischen Zusammensetzung und von anderen Merkmalen, deren Spuren im Stoff von Ceres und Vesta bestehen blieben.

Erste solche Spuren wurden von der Dawn-Sonde im Krater Rheasilvia auf dem Südpol des Asteroiden Vesta vor fast sieben Jahren entdeckt. Da wurden nicht nur Wasservorräte, sondern auch Hinweise entdeckt, dass im Kern, Mantel und Kruste von Vesta Magma-Gestein zu finden ist, das sich nur während „heißer“ geologischer Prozesse bilden kann.

Das bestätigte die „Embryonen-Natur“ dieses Zwergplaneten — und dass sich solche Himmelskörper in den ersten Augenblicken der Existenz des Sonnensystems bildeten. Diese Entdeckung reduzierte bedeutend die Zahl der möglichen Varianten der Bildung der Erde, der Supererden und anderer Exoplaneten.

Zudem zeigte die weitere Erforschung der Vesta-Oberfläche, dass sie mit einem „Staub-Mantel“ bedeckt werden könnte, der vor Sonnenwind schützt und aus dem primären Stoff des Sonnensystems besteht. Das Erhalten von Proben würde es ermöglichen, die Unbestimmtheit noch mehr zu klären.

Der Flug der Dawn-Sonde zu Ceres ließ zudem feststellen, dass rund die Hälfte dieses Zwergplaneten mit großen Vorräten an organischen Molekülen bedeckt ist, woran früher kaum jemand geglaubt hatte.

Das vereinfacht bedeutend die Suche nach der Antwort auf die wichtigste Frage über die Entstehung des Lebens auf der Erde – woher tauchten auf der Erde die „Bausteine“ auf? Laut Dawn-Entdeckungen waren sie da von Anfang an anwesend bzw. wurden von ähnlichen Protoplanetenkörpern gebracht, mit denen die Erde in den ersten Augenblicken ihres Lebens kollidierte.

Laut Vertretern der beiden Missionen ist die Menge der gesammelten Forschungsdaten so groß, dass die Wissenschaftler die Analyse noch nicht abgeschlossen haben. Vielleicht stecken darin noch weitere interessante Entdeckungen, die die Menschheit zur Antwort auf die Hauptfragen näher bringen: Wie einzigartig sind wir? Gibt es noch anderes Leben im Universum?

Quelle: <https://de.sputniknews.com/wissen/20181108322898019-nasa-suche-nach-neuer-erde/>

Grenzen schützen à la Horst Seehofer

von Christian Schumacher 9. November 2018

Es soll „die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt“ werden, so die zentrale Forderung der „Erklärung 2018“, die am 8. Oktober eine Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hatte. Die Verhinderung „illegaler Masseneinwanderung“ und die dadurch entstehenden Schäden würde an den deutschen Grenzen anfangen.



Erstaunlicherweise steht auch das Innenministerium unter Horst Seehofer – freilich nur scheinbar – hinter dieser immer populärer werdenden Forderung. So hat unlängst der Innenminister einen „Masterplan Migration“ vorgelegt. Dieser sieht vor, die deutsche Binnengrenze durch die Bundespolizei kontrollieren zu lassen, um illegale Einwanderung zu unterbinden.

Und da wird Seehofer auch ziemlich deutlich: Migranten, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert sind, sollen abgewiesen, beziehungsweise in entsprechende Länder zurückgeschickt werden. Aber Seehofer nennt noch weitere Gruppen, die abgewiesen werden sollten: bereits abgelehnte Asylbewerber sowie Migranten ohne Papiere.

Kontrollen an drei von 90 Grenzübergängen

Damit aber Migranten an deutschen Grenzen abgewiesen werden können, ist es essentiell, diese Grenzen zu kontrollieren. Von einer flächendeckenden Grenzkontrolle kann aber kaum die Rede sein. Schließlich gibt es dauerhafte Kontrollen nur an Flughäfen mit Verbindungen zu Ländern außerhalb des Schengen-Raums und in Bayern an der deutsch-österreichischen Grenze. Und dort auch nur unzureichend. So räumte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) Ende August ein, dass lediglich drei der 90 Grenzübergänge zu Österreich dauerhaft kontrolliert werden.

Laut Innenministerium haben diese „Grenzkontrollen“ bis August 7457 unerlaubte Grenzübertritte registriert. 3818 davon wurden noch an der Grenze abgewiesen. Laut einer Anfrage der *Stuttgarter Zeitung* vom 15. Juni bei der Bundespolizei wurden jedoch bereits bis April 14 731 illegale Grenzübertritte im gesamten Bundesgebiet verzeichnet. 2017 waren es insgesamt 50 154. Davon wurden 12 370 an der Grenze abgewiesen.

Grenzkontrollen undurchführbar?

Wie man unter diesen Bedingungen von einer Grenzsicherung sprechen kann, ist nicht verständlich. Schließlich wird nur eine verschwindend geringe Anzahl an Grenzübergängen kontrolliert, wenn man bedenkt, dass Deutschland allein mit Österreich und Tschechien eine gemeinsame Grenze von 1175 Kilometern teilt. Einen Antrag der AfD-Fraktion im Bundestag für eine dahingehende Korrektur bei

der Sicherung deutscher Grenzen wurde mit dem Hinweis auf angebliche Nichtdurchführbarkeit abgelehnt.

Dabei hat der Münchner Wissenschaftler Prof. Dr. Martin Wagener von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in seinem unlängst erschienenen Buch „Deutschlands unsichere Grenze – Plädoyer für einen neuen Schutzwall“ genau das widerlegt. Dieser legt dar, umfassende und effiziente Grenzkontrollen seien mit 9,3 Milliarden Euro jährlich umzusetzen. Vor dem Hintergrund, dass die unkontrollierte Zuwanderung jedes Jahr ein Vielfaches davon kostet, erweisen sich Grenzkontrollen schnell als wirksames Schutzprogramm für den Sozialstaat.

Prinzipiell gilt zudem das Aufenthaltsgesetz, Paragraph 15: Jeder, der kein Visum oder gültige Papiere hat, ist an der Grenze zurückzuweisen. Einzige Ausnahme stellt das Asylrecht dar. Denn nach deutschem Recht hat jeder Asylbewerber das Recht auf eine individuelle Prüfung seines Antrages. Dem entgegen stehen aber die – faktisch außer Kraft gesetzten – Dublin-Verordnungen. Diese besagen, Flüchtlinge müssen in dem Land einen Antrag auf Asyl stellen, in dem sie erstmals EU-Boden betreten. Ebenfalls kann kein Asylantrag gestellt werden, wenn der Betroffene aus einem sicheren Drittstaat einreist.

So gut wie kein Migrant kann in Deutschland Asyl beantragen

Daher ist also kaum ein Migrant dazu berechtigt in Deutschland einen Asylantrag zu stellen. Von den rund 50 000 registrierten illegalen Grenzübertritten im Jahr 2017 waren es immerhin 42 000, die deswegen als unbefugt eingestuft wurden, weil sie bereits in einem anderen Land registriert waren. Davon wurden aber lediglich 7000 abgewiesen.

Jedoch muss man auch allgemein die Frage stellen, wer eigentlich berechtigt sein sollte, nach Deutschland gelassen zu werden. Hier ist generell dem Verfassungsrechtler Udo di Fabio zuzustimmen, der bemerkte, „eine völkerrechtliche Verpflichtung zur unbegrenzten Aufnahme von Opfern eines Bürgerkriegs oder bei Staatszerfall“ bestehe nicht. Auch sei der Bund „verpflichtet, wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen wieder einzuführen, wenn das gemeinsame europäische Grenzsicherungs- und Einwanderungssystem vorübergehend oder dauerhaft gestört ist.“

Trotz dieser eindeutigen Sachlage war sich der Innenminister bis neulich noch nicht sicher, ob er das am 11. November ablaufende Grenzsicherungsprogramm verlängern sollte oder nicht. Wohlgermerkt: ein äußerst lückenhaftes Programm. Zumindest auf eine Frage des Bundestagsabgeordneten Johannes Huber, der für die AfD im Petitionsausschuss sitzt, wurde während der Anhörung der „Erklärung 2018“ vom zuständigen parlamentarischen Staatssekretär zu Protokoll gegeben, man sei sich noch unklar darüber.

Nach der Bayernwahl, in der die CSU, die SPD und damit auch die Groko eine krachende Niederlage eingefahren haben, ist sich Seehofer dann auf einmal doch sicher. Das Programm wird fortgesetzt. „Die Voraussetzung für die Aufhebung der Binnengrenzkontrollen sind derzeit noch nicht gegeben“, so der Innenminister. Daher werde es noch mindestens bis zum 11. Mai 2019 Grenzkontrollen geben, an drei Grenzübergängen, nur in Bayern.

Unsere Nachbarn kontrollieren ordentlich

Gleichzeitig verkünden auch andere Länder wie Österreich, Schweden, Dänemark und Norwegen eine Verlängerung ihrer Grenzsicherung. Das bedeutet nicht nur, dass die Migrationskrise noch lange nicht ausgestanden ist, sondern auch, dass Träume diverser EU-Positivisten von Freizügigkeit im Schengenraum als Übergang zu einer endgültigen Abschaffung nationaler Grenzen krachend gescheitert sind.

Der Innenminister freilich könnte nun einwenden, wenn es nach ihm gehen würde, wäre alles anders. Jedoch werde er nicht gefragt. Peinlich, zumal er doch Innenminister ist. Wenn man erfolgreich Politik machen will, ist es dringend notwendig, Durchsetzungsvermögen zu haben. Und wenn die Politik dann auch noch gut und dem Volk nützlich sein soll, dann gehört noch eine Prise Idealismus hinzu. Beides – und das ist offensichtlich – sind Eigenschaften, die unser derzeitiger Innenminister nicht hat.

(Bild: Metropolico.org, flickr, CC BY-SA 2.0) Quelle: <https://www.blauenarzisse.de/grenzen-schuetzen-la-horst-seehofer/>

Klein aber oberfein: Die Apfelretter

Andreas Monning Publiziert am 11 November, 2018 unter Erfolgsgeschichten

Tonnen herrlichster Äpfel, die zu Boden fallen und vergammeln, weil sie niemand pflückt? Ein Berliner Projekt bringt erntemüde Besitzer alter Apfelbaumsorten und pflückwillige Städter zusammen.



Photo by Natalie Collins on Unsplash

Anja Fiedler ist eigentlich Kulturwirtin. Nach ihrem Studium hat sie sich allerdings für einen ungewöhnlichen Weg entschieden: Sie lebt und arbeitet als freiberufliche Künstlerin und verbessert die Welt. "Soziale Skulpturen" nennt sie Initiativen wie das Apfelrettungs-Projekt, das sie "Apfelschätze" getauft hat.

Auf der Homepage des Projekts erklärt ein sympathisches Animations-Video, wie "Apfelschätze" funktioniert (<https://apfelschaetze.de/idee/>). Kurz zusammengefasst: Besitzer, die ihre Äpfel nicht mehr ernten, weil es sich entweder finanziell nicht mehr lohnt oder sie keine Lust oder Zeit mehr haben, die die Äpfel aber lieber retten als verkommen lassen wollen, melden ihre Bestände im Berliner Umland auf der Homepage apfelschaetze.de zur Ernte an. Von der Initiatorin und ihrem Helferteam werden dann alljährlich Ernteaktionen in den Berliner Schrebergärten, auf Streuobstwiesen und in alten Plantagen organisiert, die über die Homepage bekannt gegeben werden. Zu den Ernteaktionen melden sich erfahrungsgemäß vor allem pflückwillige Städter an, meistens Privatleute und Familien mit ihren Kindern, manchmal auch ganze Kitas oder Schulklassen. Den Großteil der Ernte dürfen die Retter behalten und verwenden, wie immer es ihnen beliebt, das heißt Apfelkuchen backen, zu Apfelmus verkochen, Apfelsaft daraus machen oder machen lassen – oder sie einfach lagern und nach und nach essen. Ein Teil der Ernte wird den Inhabern der Bäume als anerkennender Dank überlassen.

Rund um Berlin werden so pro Jahr rund 25 Tonnen Äpfel gerettet, eine beachtliche Menge also. Apfel-Retten als Beitrag zur Rettung der Welt? Der Künstlerin geht es noch um mehr. "In den Beständen, die nicht mehr geerntet werden, sind besonders viele alte, sehr schmackhafte Apfelsorten, die selten geworden sind", erklärt Anja Fiedler. Das Projekt solle auch helfen, diese Vielfalt zu erhalten. Zudem gehe es darum, Menschen, Natur, Stadt und Land wieder mehr zu verbinden.

Vergleichbare Projekte gibt es beispielsweise hier:

<https://www.aepfelundkonsorten.org/home#projekte>

<http://www.gerlingen.de/,Lde/start/Engagement/LokaleAgenda.html>

<https://www.stimmt.de/news/webreporter/vorort/2018/september/art6777,112310>

Quelle: [apfelschaetze.de](https://www.apfelschaetze.de)

Quelle: <https://www.gute-nachrichten.com.de/2018/11/erfolgsgeschichten/klein-aber-oberfein-die-apfelretter/>

Last night of the Brits: Oh Britannia, Britannia rules the „what“?

Willy Wimmer 15:33 18.11.2018(aktualisiert 15:35 18.11.2018)



Das muss man den Bewohnern der britischen Inseln lassen. Sie bringen über eine Abstimmung die europäischen Probleme auf den Punkt. Dazu sollte man sich nur das Papier von fast 600 Seiten vor Augen halten, das zwischen der Tory-Regierung und Brüssel ausgehandelt worden ist.

Dieses „Papier“ beleuchtet schlaglichtartig die Probleme für das Vereinigte Königreich und die restliche Europäische Union: Großbritannien ist ein zerrissenes Land. Für kontinental-europäische Hämie gibt es keinen Anlass, denn der Rest der Europäischen Union steht wegen der EU-europäischen Kriegspolitik, Frau Merkels Migrationsentscheidung beginnend ab dem September 2015 sowie der Folgen der amerikanischen Bankenpleiten der Jahre 2007 folgende auch nicht besser da. Was ist es aber, das die Lage auf den britischen Inseln so brandgefährlich macht?

In den letzten Jahren hat sich herausgeschält, dass Großbritannien das Ergebnis des englischen Insel-Imperialismus ist. Schottland, Wales und Nordirland sind seit Jahrzehnten hin- und hergerissen zwischen Betonung einer eigentlich selbstverständlichen Eigenständigkeit und dem Verbleib in der staatsrechtlichen Formation, die der englische Teil der Inseln gegen die Schotten, Waliser und Iren in den letzten Jahrhunderten heraus gekämpft hatte. Von außen betrachtet drängt sich der Eindruck auf, dass auf den britischen Inseln sich alles auf die Notwendigkeiten der „City of London“ als dem Zentralpunkt der britischen Politik richtet.

Die politische Wasserscheide war die Brexit-Entscheidung aus dem Jahr 2016. Darüber haben sich die Soll-Bruchstellen der britischen Lage verdeutlicht. So ungeliebt von den britischen Inseln die Europäische Union auch ist oder gewesen sein mag, ihre Wirkung war heilsam und besänftigend. Für Nordirland bot sich mittels des „Karfreitag-Abkommens“ und der von der Europäischen Union garantierten Prosperität die Chance, vom endlosen Blutvergießen Abstand zu nehmen. Wales bekam aus Brüssel Subsidien ohne Ende und Schottland über das EU-Europa die Chance, nicht nur aus London Fesseln angelegt zu sehen, was stolzes schottisches Handeln anbetraf. Die Wirklichkeit, die durch die Brexit-Entscheidung geschaffen worden ist, macht aber deutlich, dass die blutige und krawallige Vergangenheit wieder ans Tageslicht kommt, wenn die Möglichkeiten EU-Europas bewusst ausgeschlagen werden.

Soll der Bürgerkrieg in Nordirland wieder ausbrechen? Soll Wales in die Unabhängigkeit abdriften und Schottland das machen, was es mit wechselnden Mehrheiten seit Jahrhunderten auch will? Alles das wird zwar nicht beseitigt, aber dennoch über die in dem ausgehandelten Papier ausgesprochene Möglichkeit des Verbleibs des gesamten Vereinigten Königreichs in der „Europäischen Zollunion“ in seinem unblutigen Bezug gehalten. Nichts von dem muss auf den britischen Inseln ausbrechen, was sich seit den blutigen Ereignissen auf dem Balkan auf diesen Inseln herauskristallisiert hatte. In gewisser Weise hat der Balkan in den letzten Jahrzehnten den Preis dafür bezahlt, dass britische Dip-

lomatzen jede Friedensmöglichkeit torpediert hatten, weil sie negative Auswirkungen auf den Zusammenhalt der britischen Inseln befürchteten.

Aus der Sicht vieler Briten ist der dafür zu zahlende Preis zu hoch. Hier kollidieren zwei Grundsätze in einer fast unlösbaren Konsequenz: EU-Europa bietet dem Vereinigten Königreich die Chance, nicht in Zukunft von zentrifugalen Kräften bestimmt zu werden. Auf der anderen Seite verstößt diese Regelung über den Verbleib in der „Europäischen Zollunion“ in fast dramatischer Weise gegen den Grundsatz in den britischen, demokratischen Genen: „Keine Gesetzgebung ohne Repräsentanz“. Das Angebot Europas ist auf Frieden gerichtet, gibt aber keine Mitsprachemöglichkeit in einer Zollunion, die über die britischen Köpfe hinweg bestimmt. Bislang bestimmten die britischen Wähler im EU-Europa mit. Wenn sie EU-Europa verlassen, ist damit Schluss, unbeschadet der zuvor nachdrücklich geschilderten Vorteile des weiteren Verbleibs in der Zollunion zur Verhinderung bürgerkriegsähnlicher Zustände da und dort auf den Inseln. Das Vereinigte Königreich ist derzeit zwischen „Baum und Borke“ gefangen. Bürgerkrieg oder Verzicht auf Mitsprache, das sind hier die Fragen.

In dem Dilemma könnte man die Briten geradezu schmoren lassen, weil sie den Johnsons dieser Welt und nicht den Camerons gefolgt sind. Davon ist dringend abzuraten, denn das britische, demokratische Dilemma trifft uns alle in der EU. Es waren die europäischen Völker, die mit großer Zustimmung das „europäische Projekt“ auf den Weg gebracht haben. Sie wollten ihre Souveränität über Zusammenarbeit wetterfest machen. Sie mussten allerdings erleben, dass ihre Repräsentanten diese Vollmacht genutzt haben, gegen den „Souverän“ vorzugehen, ihn als Konstituante abzuschaffen und „vorbestimmten Interessen der Globalindustrie und von Nicht-Regierungsorganisationen“ auch mit Hintergründen bei fremden Regierungen die Rolle des „Souveräns“ zu überantworten.

Wir haben diese nicht durch Verfassung und Gesetze legitimierte Vorgehensweise bei den jeweiligen deutschen Regierungen in zwei elementaren Beispielen gesehen. Seit 1999 führt Deutschland unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen und der eigenen Verfassung Krieg und ist damit eine der Hauptursachen für das menschliche Elend in weiten Teilen der Welt.

Im September 2015 hat die deutsche Bundeskanzlerin in unbefugter Weise die deutschen Grenzen schutzlos gestellt. In der Folge sind Hunderttausende Menschen unberechtigt und unkontrolliert nach Deutschland gekommen. Damit wurde der deutsche Rechtsstaat ohne Zugewinn bei der Humanität regelrecht ausgehebelt. Ein irreparabler Schaden war und ist die Folge. Dies vor allem auch deshalb, weil der Deutsche Bundestag seinen staatlichen Aufgaben nicht nachgekommen ist oder nachkommen wollte. Die Europäische Union sollte ihre politischen Lebenslügen bedenken, wenn der Brexit einen Sinn machen soll.

Der Riss geht nicht zwischen den britischen Inseln und der EU alleine, der Riss geht mitten durch die EU. Polen, Ungarn und andere Staaten sind den staatlichen Vorstellungen der Russischen Föderation inzwischen näher als den wildgewordenen EU-Zuchtmeistern vom Schlage Timmermanns oder Asselborn.

Fast dreißig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung müssen wir feststellen, dass es im eigenen Land durch die abgehobene Vorgehensweise „Berlins“ auch nicht anders aussieht. Für die Berliner Regierung ist „Demokratie von gestern“. Das deutsche Volk sieht das anders, so wie die Menschen auf den Britischen Inseln auch: keine Gesetzgebung ohne Repräsentanz durch die Bürgerinnen und Bürger.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20181118323007867-eu-grossbritannien-brexit-entscheidung/>

Erklärung des Außenministeriums Russlands

21 November 2018/19:50 2215-21-11-2018

Die Russische Föderation ist ernsthaft über die andauernden Versuche der Ukraine besorgt, die Situation im Asowschen Meer zuzuspitzen. Eine weitere Entfachung der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine verhindert die Wiederherstellung der bilateralen Beziehungen, und es widerspricht den Interessen der regionalen und internationalen Sicherheit.

Russland bedauert, dass der Konfrontationskurs Kiews auf die Destabilisierung der russisch-ukrainischen Verbindungen von mehreren Staaten unterstützt wird, darunter die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Russland weist entschlossen jegliche Vorwürfe bezüglich aggressiver und illegaler Handlungen im Asowschen Meer und der Straße von Kertsch ab. Seit der Wiedervereinigung der Republik Krim und der Stadt Sewastopol mit Russland sind diese Gebiete ein unabdingbarer Teil der Russischen Föderation, die gemäß dem Völkerrecht eigene Souveränität, souveräne Rechte und Rechtshoheit im Meeresraum an der Halbinsel Krim umsetzt. Die dortigen Veranstaltungen entsprechen dem Völkerrecht, sind auf die Gewährleistung der nationalen Sicherheit gerichtet und den Drohungen gleichgesetzt, die von Extremisten, darunter den ukrainischen, gegen Russland ausgehen.

Das Asowsche Meer ist ein Binnengewässer Russlands und der Ukraine, wo nur russische und ukrainische Schiffe freien Schiffsverkehr haben. Die Straße von Kertsch war nie international im Sinne der UN-Seerechtskonvention 1982, die Forderungen über das Recht des Transits bzw. friedlichen Passierens durch ausländische Schiffe sind nicht anwendbar.

Die Prüfungen der Schiffe durch die Küstenwache des Grenzschutzdienstes des FSB im Asow- und Kertsch-Gewässer sind begründet und gerechtfertigt. Der Anstieg ihrer Zahl seit April 2018 ist auf die Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen in der Straße von Kertsch angesichts der Inbetriebnahme des ersten Abschnitts der Krim-Brücke und nicht auf den Wunsch zurückzuführen, einen politischen bzw. wirtschaftlichen Druck gegen die Ukraine auszuüben, wie das Kiew, Washington und Brüssel dazustellen versuchen.

Die Handlungen der russischen Grenzschutzsoldaten haben keinen Diskriminierungscharakter. 48 Prozent der Schiffe (720 von 1492), die im Zeitraum vom April bis Oktober 2018 geprüft wurden, führen in die russischen Häfen bzw. kamen aus ihnen. Entgegen Verkündigungen der Ukraine werden Schiffe unter russischer Flagge ebenfalls geprüft.

Die meisten Prüfungen (93 Prozent) erfolgen an Ankerstellen beim Eingang in die Straße von Kertsch seitens des Schwarzen bzw. Asowschen Meeres bei der Bildung der Karawanen zur Durchfahrt der Schiffe durch die Meerenge Kertsch-Jenikale. Dabei dauern die Besichtigungen selbst in der Regel höchstens drei Stunden. Der zeitliche Verlust ist oft mit besonderen Regeln der Durchfahrt durch die Meerenge Kertsch-Jenikale verbunden, die mit spezifischen Abmessungen, schwierigen Wetter- und Navigationsverhältnissen zusammenhängen. Im Asowschen Meer selbst werden Schiffe relativ selten zur Inspektion und nur bei Vorhandensein gewichtiger Gründe gestoppt.

Trotz Verkündigungen Kiews und Brüssels, baut Russland nicht die Militärpräsenz im Asowschen Meer aus. Die dort stationierten Kräfte werden vor allem zur Überwachung der Krim-Brücke genutzt. Die Handlungen der Ukraine, die die Errichtung eines Marinestützpunktes in Berdjansk ankündigte und systematisch einzelne Gebiete des Asowschen Meeres für Artillerieschießen sperrt, sind gerade auf die Militarisierung des Asowschen Meeres gerichtet.

Die Russische Föderation ist offen zu einem konstruktiven Dialog wegen der Situation im Asowschen Meer und möchte die Ukraine vor völkerrechtswidrigen Versuchen warnen, den aktuellen Status des Asowschen Meeres als Binnengewässer beider Länder zu revidieren. In diesem Zusammenhang rufen wir Kiew dazu auf, sich jedes Abenteuers zu enthalten, das auf die einseitige Festlegung der Staatsgrenze im Asowschen Meer gerichtet ist, die von Russland nicht anerkannt wird.

Die Russische Föderation warnt, dass die Verantwortung für die mögliche weitere Zuspitzung der Situation im Asowschen und Kertsch-Gewässer auf die Ukraine und die Staaten ausgelegt wird, die ihre provokativen Handlungen unterstützen.

Quelle: http://www.mid.ru/de/foreign_policy/news/-/asset_publisher/ckNonkJE02Bw/content/id/3414549

Die EU soll keine Militärallianz sein – Wenn Mogherini doch nur Recht hätte ...

Gregor Schirmer 21:40 22.11.2018 (aktualisiert 06:31 23.11.2018)

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron okkupiert wieder einmal mit dreister Selbstverständlichkeit den Begriff „europäisch“ für die EU. Russland ist unabänderlich auch „europäisch“. Aber mit Russland will er keine „wahre europäische Armee“, sondern gegen Russland. Er spaltet Europa schon verbal. Reden wir von der EU. Um die geht es.

Ich glaube nicht, dass es in überschaubaren Zeitläuften eine „wahre“ EU-Armee geben wird. Die EU-Mitgliedstaaten, vor allem die militärisch mächtigen wie Deutschland und die Atombombenmacht Frankreich, sind am allerwenigsten bereit, auf das souveräne Hoheitsrecht über ihre Truppen zu verzichten und sie der EU zu unterstellen. Oder will Frankreichs Präsident Macron zusätzlich zu den 27 (ohne Großbritannien) nationalen Armeen eine weitere Armee gründen? So wie die EU verfasst ist, halte ich die Aussicht für außerordentlich gering, dass sich die EU-Staaten darüber einigen können.

Es wäre schön, wenn Frau Mogherini damit Recht hätte, dass die EU keine Militärallianz ist und wird. Aber sie ist im Unrecht. Seit dem Amsterdamer EU-Vertrag von 1997 verfolgt die EU den Kurs einer immer intensiveren Militarisierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU führt „autonome“ Militäreinsätze aus eigener Kraft, also ohne die Nato durch. Solche Einsätze finden vor der Küste Somalias (Operation Atalanta) und in Mali (EUTM Mali) statt.

Die EU beteiligt sich an Kriegen wie in Syrien. Mit dem EU-Vertrag (EUV) von Lissabon 2009 wurden Kampfeinsätze und „militärische Operationen“ legitimiert. Der Vertrag schreibt in Art. 42 (3) eine Verpflichtung der EU-Mitglieder fest, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“, also ständig aufzurüsten. Das geschieht in der Tat. Die jährlichen Militärausgaben der EU-Mitglieder liegen auf der schwindelerregenden Höhe von über 200 Milliarden Euro (ohne Großbritannien).

Die EU ist längst zusätzlich zu ihren sonstigen Dimensionen zu einer Art kleiner Nato geworden. Sie verfügt über einen Militärausschuss, einen Militärstab, ein Operationszentrum, ein Lagezentrum, über „battle-groups. Sie hat einen „Verteidigungsfonds“ von 5,5 Milliarden Euro jährlich und weitere teils versteckte und illegale Geldquellen für militärische Zwecke. Mit den 37 Militär- und Rüstungsprojekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (Pesco) nach Art. 46 EUV werden weitere durchgreifende Schritte militärischer Kooperation unternommen. Das alles und noch mehr weiß Frau Mogherini von Amts wegen. Ist das eine zivile Allianz?

Der Autor hat 2012 das Buch „Der Aufstieg der EU zur Militärmacht – Eine politisch-juristische Streitschrift“ in der Eulenspiegel-Verlagsgruppe veröffentlicht. Darin hatte er bereits Fakten und Zusammenhänge deutlich gemacht, die die gefährliche Entwicklung der Europäischen Union (EU) zeigen. Er interpretiert darin nicht nur Erscheinungen, die öffentlich vermeldet werden, sondern nennt die Beschlüsse und die Konsequenzen, mit denen wir noch zu rechnen haben.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20181122323059387-eu-armee-mogherini/>

Nach UN-Migrationspakt:

UN-Flüchtlingspakt soll Masseneinwanderung verstärken!

Von Alexander Markovics 22. November 2018 Gesellschaft, Migration

Nachdem der Widerstand gegen den UN-Migrationspakt immer weiter wächst, bleibt ein weiteres Machwerk der internationalen Globalistenclique weitgehend unbeachtet. Die Rede ist vom UN-Flüchtlingspakt. Der Pakt soll die „Neuansiedelung“ von Einwanderern auch in Europa ermöglichen. Bis auf die USA haben ihn bis jetzt alle UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet.



Syrische und Irakische Flüchtlinge erreichen Lesbos Ggia [CC BY-SA 4.0], from Wikimedia Commons;
 Fahne der Vereinen Nationen Wilfried Huss / Anonymous [Public domain],
 via Wikimedia Commons; Bildkomposition von Info-DIREKT

Mindestens genauso gefährlich wie der UN-Migrationspakt

Während sich der UN-Migrationspakt mit nicht anerkannten Flüchtlingen, also der illegalen Einwanderung sowie „Arbeitsmigranten“ beschäftigt und weltweit 258 Millionen Menschen umfasst, betrifft der Flüchtlingspakt anerkannte Flüchtlinge. Unter diesem Begriff werden alle Personen verstanden, welche nach nationalem oder internationalem Recht als Flüchtlinge anerkannt sind.

„Es besteht die dringende Notwendigkeit einer ausgewogeneren Lasten- und Verantwortungsteilung bei der Aufnahme und Unterstützung der Flüchtlinge auf der Welt.“ (UN-Flüchtlingspakt)

Anlass für den Pakt ist die Tatsache, dass die Hauptlast von kriegsbedingten Flüchtlingsströmen meistens die Anrainerstaaten tragen, im Fall von Syrien etwa die Türkei und der Libanon. Dabei sollen laut Flüchtlingspakt Aufnahmeländer bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und der Wohnungsunterbringung unterstützt werden. Soweit, so selbstverständlich der Pakt.

„Neuansiedelungen für Flüchtlinge“

Was zuerst nach einem sinnvollen Vorschlag zur Unterstützung der Hilfe vor Ort klingt, entpuppt sich als globalistischer Wahnsinn. Unter Punkt 3.2 des Vertrages wird auch die Neuansiedelung („Resettlement“) der Flüchtlinge als Maßnahme zur Lastenverteilung genannt. Kurz gesagt: Der UN-Flüchtlingspakt schafft eine weitere Möglichkeit zur Masseneinwanderung nach Europa!

Deutschland alleine nimmt von 2018-2019 10 000 „Resettlement“-Flüchtlinge auf

Für die Neuverteilung der Flüchtlinge ist das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen zuständig. Es vermittelt die Flüchtlinge an aufnahmewillige Länder überall auf der Welt. Und so wird Deutschland im Zeitraum 2018/2019 alleine 10 000 Flüchtlinge im Rahmen des Neuansiedelungsverfahrens aufnehmen. Weiter soll der Pakt auch zusätzliche Arbeitsplätze für Flüchtlinge und Studentenvisa schaffen. Ein Schelm, wer dabei an einen weiteren Vorwand zur Ausbeutung von Menschen und den Bevölkerungsaustausch denkt.

UN-Flüchtlingspakt: Ein weiterer „unverbindlicher“ Pakt, der Verpflichtungen mit sich bringt

Genauso wie beim UN-Flüchtlingspakt wird hier wieder die Mär vom „unverbindlichen Pakt“ bemüht. Im Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ klärt Steffen Angenendt von der Stiftung für Wissenschaft und Politik über die Folgen des Paktes auf:

„Natürlich hat der Pakt Konsequenzen für uns(...)Die Industriestaaten sollen sich Gedanken machen, wie sie die Erstaufnahmeländer mehr unterstützen und die Zahl der Resettlement-Plätze erhöhen können.“

Globalisten bezeichnen den Pakt als Chance, in Wahrheit ist er eine Gefahr für die Völker!

Während die Globalisten den Pakt als Chance für die gerechtere Gestaltung von Migrationsprozessen bezeichnen, bedeutet er in Wahrheit Masseneinwanderung, Entwurzelung und Verlust der eigenen Identität für die Völker. Bisher sind die USA der einzige Staat, der sich gegen den UN-Flüchtlingspakt wehrt. Es wird Zeit, dass die europäischen Staaten, allen voran Österreich, auch aus diesem Pakt aussteigen!

Quelle: <https://www.info-direkt.eu/2018/11/22/nach-un-migrationspakt-un-fluechtlingspakt-soll-masseneinwanderung-verstaerken/>

Sämtliche Anschuldigungen der US-Regierung gegen die russische Regierung sind Lügen

von Eric Zuesse, 23.11.2018 <http://thesaker.is/all-u-s-govt-accusations-against-russias-govt-are-lies/>

DIE ERSTE ANSCHULDIGUNG, die die Quelle der Sanktionen des Magnitsky Act gegen Russland ist, fand 2012 unter US-Präsident Barack Obama statt, und es wurde behauptet, dass Sergej Magnitsky in Russland ein Whistleblower gewesen sei, ein Anwalt, der die Korruption in der russischen Regierung aufdeckte und dafür inhaftiert und dort zu Tode geprügelt wurde. Magnitsky war in Wahrheit kein Whistleblower und auch kein Anwalt, sondern der Buchhalter des amerikanischen Milliardärs Bill Browder, der von der russischen Regierung angeklagt worden war (und der dann aus Russland geflohen war), weil er die russische Regierung um 230 Millionen Dollar steuerlich betrogen hatte. Und, Magnitskys Tod im Gefängnis war auf eine unzureichende medizinische Versorgung seiner Bauchspeicheldrüsenentzündung durch das dortige medizinische Personal zurückzuführen, nicht (wie Browder behauptete) auf "Prügel".



DIE ZWEITE ANSCHULDIGUNG im Jahr 2014 war, dass "Russland die Krim gestohlen hat". Diese Anklage ist der Ursprung zusätzlicher (und härterer) Sanktionen gegen Russland und auch der Bündelung von Truppen und Waffen der NATO an und in der Nähe der russischen Grenze, die dort stationiert werden, um angeblich europäische Länder „vor russischer Aggression zu schützen“ (wie z.B. die „Annexion der Krim“). Das alles basiert auf grundlegenden Lügen über die Krim und die Ukraine. Eine ausführlichere Darstellung dieses Falles finden Sie hier:

<https://www.zerohedge.com/news/2017-02-07/things-will-get-worse-until-us-stops-lying-about-crimea>

Aber was den bemerkenswertesten Beweis für alles in dieser ganzen Angelegenheit darstellt, sind zwei entscheidende Telefongespräche. Das erste ist das Telefongespräch vom 27. Januar 2014, bei dem die Chefagentin Victoria Nuland, die Obama mit der Organisation des Putsches zum Sturz des

demokratisch gewählten ukrainischen Präsidenten Victor Janukowitsch beauftragt hatte, den Befehl gab, wer der Nachfolger von Janukowitsch sein würde. Dieses Telefonat wird grob falsch dargestellt, wenn nicht gar von den "Journalisten" und "Historikern" des US-Regimes völlig ignoriert. Nuland sagte dort das berühmte "Fuck the EU" (weil die EU eine gemäßigtere und weniger nazistische Alternative wollte). Dieser Teil des Telefonats wurde in der westlichen Presse berichtet (obwohl es praktisch keinen Zusammenhang darüber gab, was es bedeutete und warum sie es gesagt hatte), aber der Rest – der historisch entscheidende Teil davon – wurde nicht berichtet. Dieses historisch bedeutsame Telefonat, das eine Woche später, am 4. Februar, ins Internet gestellt wurde – drei Wochen bevor der von ihr benannte Mann (genau wie sie es angeordnet hatte) den Auftrag zur Leitung der Post-Coup-Ukraine erhielt – wird von Washington nicht einmal gezeugnet. Stattdessen wird es von ihnen entweder ignoriert oder in den "historischen" Berichten der Agenten des US-Regimes völlig falsch dargestellt.

Besonders bemerkenswert an diesem Telefongespräch (um den neuen ukrainischen Führer auszuwählen) ist, dass es nicht zwischen Ukrainern, sondern zwischen zwei Amerikanern stattfand, die jene Person ausgewählt haben, die bald vom US-Regime ernannt werden sollte, um die Ukrainer zu regieren; das hat eigentlich die nationale Souveränität der Ukraine zerstört. Nuland sagte Pyatt, er solle nicht den gemäßigten Vitaly Klitschko, den Favoriten der EU, zum neuen Führer der Ukraine ernennen, sondern den fanatischen antirussischen Arseniy Yatsenyuk ernennen. Hier also ist der wichtigste Teil dieser historisch bedeutsamen Telefonkonferenz, die Anweisung, die sie dort gab, die den "Neuen Kalten Krieg" – die Bewegung zum Dritten Weltkrieg – offen in Gang setzte (nach dessen verdecktem Start in der Nacht vom 24. Februar 1990):

Nuland: *Yats ist der Mann, der die wirtschaftliche Erfahrung und die Regierungserfahrung hat; er ist der... was er braucht, ist Klitsch [der führende Gemäßigte] und Tiahnybok [ein Verehrer von Hitler] auf der Außenseite; er [Yats] muss viermal pro Woche mit ihnen sprechen. Ich denke nur, wenn Klitsch reingeht und er auf dieser Ebene für Yatsenyuk arbeitet; das wird einfach nicht funktionieren.*

Pyatt: *Ja [du hast Recht], nein [Ich lag falsch, zu denken, dass Klitschko der neue Herrscher werden sollte], ich denke, das ist richtig. Ok. Gut.*

Dann verwies sie in dem Anruf auf ihren Agenten (so wie sie Obamas Agentin war), Jeff Feltman, der beauftragt worden war, Ban Ki-Moon von der UN und seinen Gesandten – den ehemaligen niederländischen Botschafter in der Ukraine, den antirussischen und proamerikanischen Robert Serry – der die Ukraine betreute, zu überzeugen, in diesem Zusammenhang mit den USA zusammenzuarbeiten: <https://kosmologe1ei.wordpress.com/2014/02/06/fuck-the-eu/>

Nuland: *Ich habe heute Morgen mit Jeff Feltman gesprochen; er hatte einen neuen Namen für den UN-Typen Robert Serry; habe ich Ihnen das heute Morgen geschrieben?*

Pyatt: *Ja, das habe ich gesehen.*

Nuland: *Ok. Er hat jetzt sowohl Serry als auch Ban Ki-Moon dazu überredet, um zu vereinbaren, dass Serry am Montag oder Dienstag kommen könnte. Das wäre meiner Meinung nach großartig, um dabei zu helfen, dieses Ding zu schaukeln, und um die UNO dazu zu bringen, es zu schaukeln, und, du weißt schon, fuck the EU.*

Feltman wählte Serry aus, um am 5. März 2014 von Ban Ki-Moon offiziell ernannt zu werden, um "den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln". (Ob der russische Präsident Wladimir Putin jemals wusste, dass der "Vermittler" der UNO von Obamas Leuten ausgewählt worden war, ist unbekannt; vermutlich wusste er von der Nuland-Pyatt Telefonkonferenz; aber sicherlich war der

russische Botschafter der UNO, Vitaly Churkin, nicht zufrieden damit, dass Serry die UNO in dieser Angelegenheit vertrat; und auch die Krim war Serry gegenüber völlig feindselig.)

Mit anderen Worten: Es handelte sich um ein in Washington fabriziertes Abkommen (und mit der Zustimmung der UNO), um eine fanatische antirussische Regierung direkt vor der Haustür Russlands in der angrenzenden Ukraine zu schaffen. Hätte die UNO akzeptiert, dass Russland die mexikanische Regierung durch einen blutigen Putsch ersetzt und dort ein tollwütiges Anti-USA-Regime installiert? Haben die USA 1962 sowjetische Atomraketen in Kuba akzeptiert, das 100 Meilen von den USA entfernt ist? Natürlich nicht. Warum sollte Russland das tun, 2014 – oder überhaupt?

Dann, in einem Telefonat am 26. Februar, geschah das zweite wichtige Beweisstück. Die Außenbeauftragte der Europäischen Union, Catherine Ashton, wurde von ihrem Ermittler Urmars Paet (dem estnischen Außenminister) vertraulich darüber informiert, dass die neue Regierung in der Ukraine nicht wirklich das Ergebnis dessen sei, was die demokratisch gewählte Regierung getan habe, sondern ein Putsch der Regierung "der neuen Koalition", die es gerade erst geschafft habe, die gewählte Regierung zu stürzen. Das ist aus dem Transkript: <http://archive.is/IG1st>

Urmars Paet: *Was ziemlich beunruhigend war, jener Oligarch [Poroschenko - und als er dann drei Monate später Präsident der Ukraine wurde, wusste er das bereits], sagte, nun, dass alle Beweise zeigen, dass die Menschen, die von Scharfschützen getötet wurden, von beiden Seiten, darunter Polizisten und Menschen auf der Straße [dies wird Ashton schockieren, die dachte, dass Janukowitsch die Morde angeordnet hatte], dass das die gleichen Scharfschützen waren, die Menschen von beiden Seiten getötet haben [somit wusste Poroschenko selbst, dass sein Regime auf einer False Flag basiert, einem US-kontrollierten Staatsstreich gegen seinen Vorgänger Janukowitsch – und das hat er sogar gesagt].*

Ashton: *Nun, das ist ja,*

Paet: *Also das, und dann zeigte sie [Dr. Olga Bolgomets] mir auch einige Fotos, sie sagte das als Ärztin, dass es die gleiche Handschrift, die gleiche Art von Kugeln ist, und es ist wirklich beunruhigend, dass jetzt die neue Koalition, dass sie nicht untersuchen wollen, was genau passiert ist; so dass es jetzt ein stärkeres und stärkeres Verständnis dafür gibt, dass hinter den Scharfschützen nicht Janukowitsch war, sondern jemand aus der neuen Koalition.*

Man beachte hier, dass Paet es taktvoll vermieden hatte, zu sagen, dass Ashtons Annahme, es sei Janukowitsch gewesen, falsch war; stattdessen ignorierte er sie völlig, dass sie das unterstellt hatte, und er sagte hier nur, dass die Beweise ganz in die entgegengesetzte Richtung gingen, jene Richtung, von der Poroschenko selbst wusste, dass die schuldige Partei "die neue Koalition" war, über die Paet nichts sagte, und Ashton stellte ihm keine Fragen darüber oder dazu, welches Land das tatsächlich organisiert hatte.

Ashton antwortete: *Ich denke, wir wollen wirklich ermitteln.* Diese Stimmung ihrerseits dauerte jedoch nur etwa eine Sekunde. *Ich meine, das wusste ich nicht, das ist interessant. Meine Güte!*

Ashton schien hier völlig verlegen zu sein, und so endete sie mit einem "meine Güte!", das fast unhörbar war, wie eine Frage, und dann machte sie sofort weiter, um diese entscheidende Angelegenheit einfach völlig zu ignorieren. Alle Beweise deuten darauf hin, dass sie sehr abgeneigt war zu glauben, dass die bösen Jungs beim Sturz tatsächlich auf der Anti-Janukowitsch-Seite gewesen waren. Der Sturz Janukowitschs wurde seitdem als "der krasseste Staatsstreich der Geschichte" bezeichnet. An dem Tag, an dem der Staatsstreich seinen Höhepunkt erreichte, dem 20. Februar 2014, gab es ein Ereignis, das die Bewohner der Krim noch mehr gegen die Anti-Janukowitsch-Demonstranten aufbrachte, als es die Krim eh schon war (und die Krim hatte mit über 75% für Janukowitsch gestimmt,

also waren sie stark gegen diesen Sturz): Es war "Das Anti-Krim Pogrom, das den Austritt der Krim ausgelöst hat".

Siehe dazu das „Korsun-Massaker“:

<https://washingtonsblog.com/2015/08/the-anti-crimean-pogrom-that-sparked-crimeas-breakaway.html>

Fast unmittelbar nachdem Yatsenyuk der Führer der Ukraine geworden war, entließ er am 5. März die drei amtierenden stellvertretenden Verteidigungsminister und ersetzte sie durch drei fanatische antirussische Neonazis, die sich seiner Bombardierungspolitik verschrieben hatten, um genügend Janukowitsch-Wähler zu eliminieren, so dass die neue Regierung in zukünftigen Wahlen eine Fortsetzung von Yatsenyuk sein konnte, anstatt eine Wiederherstellung derjenigen, die Yatsenyuk vorausgegangen war. Die Person, die zum Verteidigungsminister ernannt wurde, Michail Koval, kündigte ihre Absicht an, aus der Südostukraine die "Untermenschen", die für Janukowitsch gestimmt haben, ethnisch zu säubern, sie sollten "in andere Regionen umgesiedelt werden", d.h. entweder Russland (wenn Russland diese ukrainischen Flüchtlinge aufnimmt) oder andere Konzentrationslager innerhalb der Ukraine (und dann vielleicht den Tod). "Es wird eine gründliche Filtration der Menschen geben." (Die Version mit der englischen Übersetzung wurde inzwischen entfernt; also versuchen Sie stattdessen): <https://www.youtube.com/watch?v=eGZLUxtUnlQ>

Ihr Eigentum wird beschlagnahmt, und "Landparzellen werden kostenlos an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und anderer militärischer Verbände sowie an die Mitarbeiter des Innenministeriums und des Sicherheitsdienstes der Ukraine verteilt, die die territoriale Integrität und Souveränität des Landes in den östlichen und südöstlichen Regionen der Ukraine verteidigen". Das ist der Euphemismus für die ethnischen Säuberungen und den Massenraub, der folgte. Und hier ist mehr von diesem von den USA verordneten Nazismus:

<http://rinf.com/alt-news/breaking-news/enemies-ukraine-speak/>

<https://www.transcend.org/tms/2014/11/media-blackout-as-u-s-sponsors-genocide-in-southeastern-ukraine/>

<http://rinf.com/alt-news/breaking-news/obama-definitely-caused-malaysian-airliner-downed/>

Mit anderen Worten, Obamas Herrscher in der Ukraine belohnten die ethnische Säuberung und boten ihren Soldaten die Möglichkeit, legal das Eigentum ihrer Opfer in Besitz zu nehmen.

Am 15. November 2017 gestanden zwei der ausländischen Söldner, die als Scharfschützen beim ukrainischen Staatsstreich gedient hatten, im italienischen Fernsehen und beschrieben, wie sie von Mikheil Saakashvili (ein Agent des Tiefen Staats der USA) für diesen Job eingestellt worden waren.

So sieht das Resultat der Übernahme der ukrainischen Regierung durch das US-Regime aus. Und einer Generation junger Ukrainer wird heute der Nazismus beigebracht, direkt an der Grenze zu Russland – Russland ist das einzige Land, das im Zweiten Weltkrieg am meisten getan hatte, um die Nazis zu erobern. Die US-Regierung hat sich auf die Pro-Nazi-Seite geschlagen. Und immer wieder führen die USA jene drei oder weniger Nationen an, die in der UN gegen die Verurteilung des Nazismus stimmen. Das ist richtig: Amerika, das unter Präsident FDR gegen die Nazis und die anderen faschistischen Regime gekämpft hatte, war und ist heute selbst das weltweit führende rassistisch-faschistische oder ideologisch-nazistische Regime (diesmal aber hauptsächlich gegen Russen statt hauptsächlich gegen Juden). (Tatsächlich ist das heutige Amerika mit dem ideologisch rassistisch-faschistischen oder nationalsozialistischen, anti-palästinensischen, israelischen Regime verbündet. Und es ist auch mit dem Nazi-Regime der Saudis verbunden – aber antischiitisch – es wurde 1744 auf der Grundlage des Hasses auf die Schiiten gegründet.)

Die Wirtschaft der Ukraine wurde durch das von den USA auferlegte ukrainische Regime zerstört. Bis etwa 2013 war die Wirtschaft der Ukraine recht stabil, aber dann gipfelte die Putschaktion, die 2011 in Washington begonnen wurde, für den Regime-Wechsel in der Ukraine und Syrien, im Februar 2014 in der Ukraine erfolgreich. Die Staatsverschuldung der Ukraine hat sich zwischen 2013 und 2017 fast vervierfacht, während das BIP der Ukraine gleichzeitig um 39% zurückging: <https://www.statista.com/>

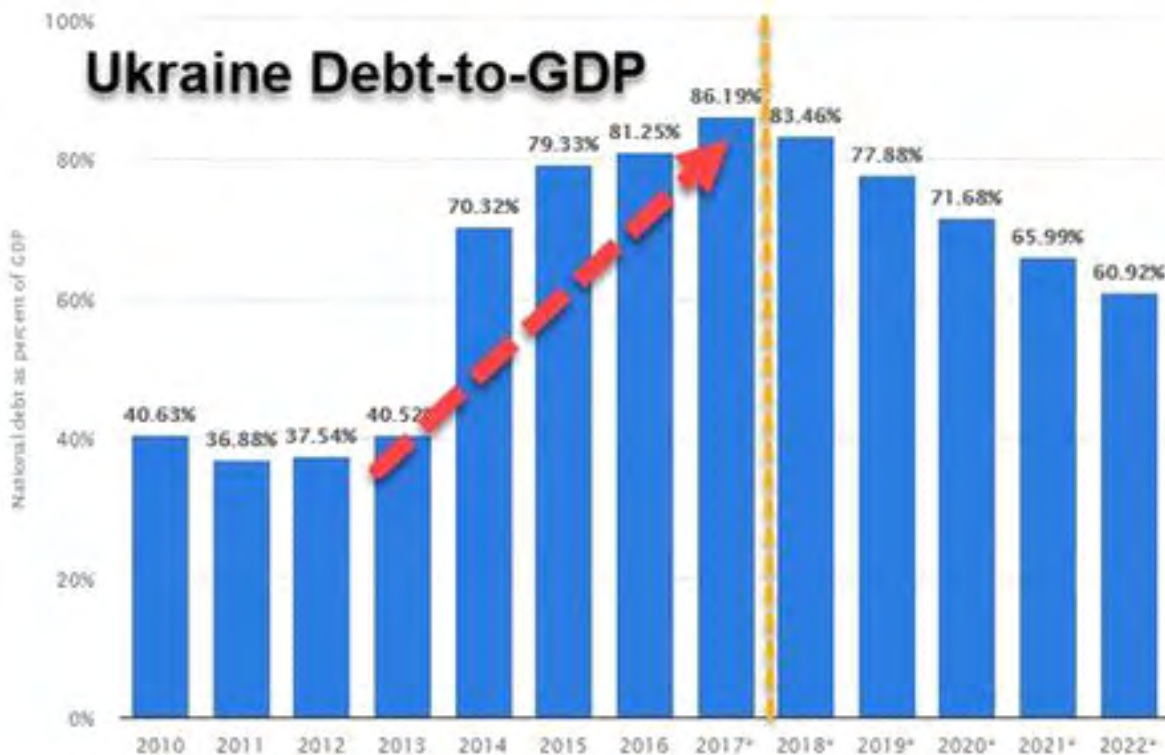
Ukraine: Staatsschulden von 2012 bis 2017 (in Milliarden U.S. Dollar)

2012=20.14
 2013=22.67
 2014=42.61
 2015=60.24
 2016=73.94
 2017=83.96

<https://www.statista.com/>

Ukraine: BIP von 2012 bis 2017

2012=175.71
 2013=179.57
 2014=132.34
 2015=90.94
 2016=93.26
 2017=109.32



Aufgrund dessen, was das US-Regime der Ukraine angetan hat, hat die Ukraine jetzt eine wesentlich höhere Verschuldung und auch ein deutlich geringeres BIP, aus dem sie bezahlen kann. Nichts an dieser Operation war demokratisch. Die Opposition gegen diese Operation war demokratisch. Das heißt nicht, dass die Menge, die auf dem Maidan-Platz gegen die endemische Korruption der Ukraine gekämpft hatte, antidemokratisch war. Aber ihre Anführer waren es – und so ist die Ukraine jetzt noch korrupter als unter Janukowitsch. Vier Tage, bevor der von Nuland ernannte Yatsenyuk die Regierung der Ukraine verließ, twitterte er am 10. April 2016: *"Ich danke den Kollegen, die ehrlich und selbstlos gehandelt haben. Die letzten 2 Govs [seine und die Poroshenkos] waren einzigartig. Es waren die ersten Manifestationen der Neuen Ukraine."* Schau dir den Haufen Verachtung an, den seine ehemaligen

Anhänger dort auf diesen Tweet gehäuft haben. https://twitter.com/yatsenyuk_ap/status/719157424729563136

Die Pro-US Regime-Seite *Euractive* stellte am selben Tag fest, dass "die Zustimmung seiner Partei auf nur noch zwei Prozent gesunken ist" und hat dafür nicht seine ethnische Säuberungskampagne und die Verpfändung seines Landes gegenüber ausländischen Investoren beschuldigt, um diesen Krieg gegen die Regionen zu finanzieren, die 90% für Janukowitsch gestimmt hatten, sondern vor allem "wegen des schmerzhaften Übergangs von einer staatlich aufrecht erhaltenen Wirtschaft" – nicht genug Privatisierung, nicht genug von Bestechung von Insider-Investoren, um die Ukrainer noch mehr aussaugen zu können als sie es getan haben.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass unmittelbar nach dem Staatsstreich im Februar 2014 über 90% der Krimbewohner wieder Russen werden wollten und dass über 90% heute glücklich sind, wieder Russen zu sein (was die Krim bis 1954 schon war, als der sowjetische Diktator (Anm.d.Ü.: der Ukrainer Chruschtschow) die Krim willkürlich von Russland in die Ukraine verlegte). Aber das US-Regime und seine Verbündeten fordern, dass die Krimbewohner von dem nationalsozialistischen antirussischen und Anti-Krim Regime übernommen werden, das die USA in der Ukraine installiert haben. Das Recht auf Selbstbestimmung der Völker wird im Westen (zumindest verbal) für die Katalanen Spaniens und die Schotten Großbritanniens respektiert, aber keineswegs für die Krim, die der Westen stattdessen unbedingt zerstören will, im Wesentlichen durch Diktat (was das von den USA auferlegte ukrainische Regime mit der Krim tun will).

Anstelle von "Putin annektierte die Krim", ist die Realität: Obama annektierte die Ukraine. Die Krimbewohner lehnten seine Annexion ab. "Putin hat die Krim annektiert" ist Lüge Nummer 2.

DIE DRITTE ANSCHULDIGUNG lautet, dass die russische Regierung, wenn nicht Putin selbst, heimlich durch "Hacks" Hillary Clintons und ihre Wahlkampf-E-Mails offenbart hat, die an Wikileaks weitergegeben wurden. Und dass Russland ansonsten auch über Facebook-Anzeigen geworben hat, um Donald Trump zum Sieg gegen Hillary Clinton zu verhelfen. Wikileaks sagte, dass die E-Mails tatsächlich über Leaks ankamen, nicht über Hacks, und dass die Leaks von innerhalb der Demokratischen Partei kamen, nicht von jemandem außerhalb der Vereinigten Staaten. Was die Facebook-Anzeigen betrifft, so hat die New York Times am 20. September 2018 einen 9700 Wörter umfassenden Artikel mit dem Titel "The Plot to Subvert an Election: Die bisherige Enthüllung der Russland-Story", und nach 92% der gesamten Artikels kommt als bloßer Nebensatz die entscheidende Tatsache, dass "keine öffentlichen Beweise dafür vorliegen, dass sich sein [Trump's] Wahlkampf mit Russland in der Wahlmischung verschworen hat oder russisches Geld akzeptiert hat". Diese verblüffend anomale Erklärung ihrer Reporter wurde noch am selben Tag wie der Artikel veröffentlicht, als der Blogger "Moon of Alabama" unter der Überschrift "NYT gibt zu, dass ihr 'Berg an Beweisen' für eine russische Verschwörung kleiner als ein Maulwurfshügel ist" bekannt wurde. Dann, am 1. Oktober, erschien beim Blogger "Alternative Insight" der Artikel "Die New York Times berichtet über die Wahl 2016" und er beginnt so: "An einem Oktober Nachmittag vor der Wahl 2016 wurde von der Manhattan Bridge in New York City ein riesiges Banner entfaltet. Vladimir V. Putin vor dem Hintergrund einer russischen Flagge"

Der Absatz endet mit: "Im November, kurz nachdem Donald J. Trump einen Sieg errungen hatte, an dem Moskau mitgeholfen hatte, erschien ein noch größeres Banner."

Beachten Sie, dass der Leser, bevor irgendwelche Fakten präsentiert werden, mit der Schlussfolgerung konfrontiert wird, dass "Moskau dabei mitgeholfen hat", den Sieg von Trump zu feiern.

"Die Polizei konnte nie identifizieren, wer die Banner aufgehängt hatte, aber es gab Hinweise. Die ersten Verbreiter der Bilder auf Twitter waren amerikanisch klingende Berichte, darunter @LeroyLovesUSA, später als russische Fälschungen enthüllt, die von St. Petersburg aus operierten, um die amerikanischen Wähler zu beeinflussen".

Obwohl sie "als russische Fälschungen beschrieben wurden, die von St. Petersburg aus operierten, um die amerikanischen Wähler zu beeinflussen", hatten die Banner nichts mit der Wahl zu tun, und das zweite Banner wurde nach der Wahl ausgerollt. Warum sollte man zu dem Schluss kommen, dass es sich um russische Fälschungen handelt? Könnten diese Personen nicht ähnlich wie viele andere Personen arbeiten, die Facebook-Konten haben und ihre echten Namen verbergen, wenn sie zu kontroversen Themen Stellung nehmen?

Diesen Zeilen folgt ein Kopfsprung in die Fantasie. "Der Kreml, so schien es, hatte in New York und Washington den Boden der Vereinigten Staaten erreicht. Die Banner mögen als visuelle Ehrenrunden für die effektivste ausländische Einmischung in eine amerikanische Wahl in der Geschichte gedacht gewesen sein."

Wie verwandeln sich ein paar Unbekannte, die angeblich in St. Petersburg leben, plötzlich in "den Kreml"? Wie könnten "die Banner als visuelle Ehrenrunden gedacht" sein? Wie kann das, "die effektivste ausländische Einmischung in eine amerikanische Wahl in der Geschichte" sein? Ein nachfolgender Absatz beweist, dass der Artikel ein Bündel unbewiesener Aussagen ist. Bevor Fakten präsentiert werden und Vermutungen angestellt werden, werden den Lesern andere Schlussfolgerungen in den Kopf gesetzt. "Aber wenn man bis 2016 zurück reist und die wichtigsten Handlungsstränge des russischen Angriffs verfolgt, erkennt man, was wir heute mit Sicherheit wissen: Die Russen haben eine bahnbrechende Einmischung durchgeführt, die noch Jahrzehnte später untersucht werden wird. Auf der Grundlage der persönlichen Feindseligkeit von Herrn Putin, öffentlicher und privater Instrumente der russischen Macht, die mit Mut und Geschick bewegt wurden, um die Strömungen der amerikanischen Politik zu nutzen. Gut vernetzte Russen haben aggressiv daran gearbeitet, um Menschen innerhalb der Trump-Kampagne zu rekrutieren oder zu beeinflussen."

Was sind "die wichtigsten Handlungsstränge"? Was war "der russische Angriff", die sichergestellt haben, dass "die Russen eine bahnbrechende (ED: Warum bahnbrechend?) Einmischung durchgeführt haben"?

Wo gibt es Hinweise auf "persönliche Feindseligkeit von Herrn Putin"?

Und dann, am 2. November, erschien von Gareth Porter bei Consortium News eine total mathematische Beweiswiderlegung für die zentrale Behauptung der NYT – von "Der Times", dass russische Facebook-Posts im vergangenen Monat fast so viele Amerikaner erreicht haben, wie tatsächlich bei den Wahlen 2016 gewählt haben. Er titelte "33 Billionen weitere Gründe, warum die New York Times beim Russiagate falsch liegt" und zeigte die mathematische Unmöglichkeit dessen, was die Hypothese über Facebook (die von der Times ohne Frage akzeptiert wurde) behauptet. Er enthüllte auch, dass die Hypothese der Facebook-Anzeigen auf einer Falschinterpretation dessen beruht, was Facebook tatsächlich behauptet hatte:

Das stand in der Zeitung: "Selbst nach den schwindelerregenden Standards der Social Media war die Reichweite ihrer Bemühungen beeindruckend: 25 700 gefälschte Facebook-Accounts, 80 000 Beiträge, viele von ihnen aufwändige Bilder mit einprägsamen Slogans, und letztendlich ein Publikum von 126 Millionen Amerikanern allein auf Facebook." Das Papier argumentierte, dass 126 Millionen "nicht weit hinter den 137 Millionen Menschen zurückblieben, die bei den Präsidentschaftswahlen 2016 wählen würden." ...

Die Zeitung versäumte es, ihren Lesern zu sagen, dass Facebook-Kontoinhaber in den Vereinigten Staaten in diesem Zeitraum 33 Billionen Facebook-Posts "serviert" worden waren - 413 Millionen Mal mehr als die 80 000 Posts des russischen Unternehmens.

Was Facebooks Chef-Justitiar Colin Stretch vor dem Senatsausschuss für Justiz am 31. Oktober 2017 bezeugte, ist weit entfernt von dem, was die Times behauptet. "Unsere beste Schätzung ist, dass etwa 126 Millionen Menschen zu irgendeinem Zeitpunkt während der zweijährigen Laufzeit eine dieser Geschichten [des privaten russischen Unternehmens Internet Research Agency, 'IRA'] erhalten haben könnten", sagte Stretch.

Stretch drückte eher eine theoretische Möglichkeit als eine etablierte Tatsache aus. Er sagte, dass geschätzte 126 Millionen Facebook-Mitglieder mindestens eine Geschichte von der IRA erhalten haben könnten – nicht über die zehnwöchige Wahlperiode, sondern über 194 Wochen während der zwei Jahre 2015 bis 2017 – einschließlich eines ganzen Jahres nach der Wahl.

Das bedeutet, dass nur geschätzte 29 Millionen FB-Nutzer in zwei Jahren mindestens eine Geschichte in ihrem Feed erhalten haben könnten. Die Zahl von 126 Millionen basiert nur auf der Annahme, dass sie es mit anderen geteilt haben, so Stretch. Facebook behauptete nicht einmal, dass die meisten dieser 80 000 IRA-Posts wahlbezogen waren. Es wurden keine Daten darüber vorgelegt, wie hoch der Anteil der Feeds an diesen 29 Millionen Menschen ist. Darüber hinaus bestätigte Adam Moseri, Vizepräsident für News Feed bei Facebook, 2016, dass die FB-Abonnenten tatsächlich nur etwa 10 Prozent der Geschichten lesen, die Facebook täglich in ihren News Feed einträgt. Das bedeutet, dass nur sehr wenige der IRA-Geschichten, die es tatsächlich an einem bestimmten Tag in den Nachrichtenfeed eines Abonnenten schaffen, tatsächlich gelesen werden.

Und jetzt, nach der weiteren Forschung, sind die Chancen, dass die Amerikaner eine dieser IRA-Anzeigen gesehen haben – geschweige denn von ihnen beeinflusst wurden – noch astronomischer. In seiner Aussage vom Oktober 2017 sagte Stretch, dass "Amerikaner, die Facebook nutzen, von 2015 bis 2017 insgesamt über 33 Billionen Geschichten in ihren Nachrichtenfeeds ausgesetzt waren – „serviert wurden".

Um die Zahl 33 Billionen über zwei Jahre hinweg ins rechte Licht zu rücken, stellten die 80 000 russischstämmigen Facebook-Posts nur 0,0000000000000024 der gesamten Facebook-Inhalte in dieser Zeit dar.

Shane und Mazzetti berichteten nicht über die Zahl 33 Billionen, obwohl die New York Times in ihrer eigenen Berichterstattung über die Aussage von Stretch von 2017 ausdrücklich erklärte: "Facebook warnte, dass die mit Russland verknüpften Beiträge eine winzige Menge an Inhalten darstellten, verglichen mit den Milliarden von Beiträgen, die täglich durch die News Feeds der Benutzer fließen".

Die NYT, die die fingierten 126 Millionen von 137 Millionen Wählern auf den Markt bringt, ohne die 33 Billionen zu melden, sollte in den Annalen des Journalismus als eine der spektakulärsten irreführenden Anwendungen von Statistiken aller Zeiten gelten.

Die US-Regierung mischt sich routinemäßig in Wahlen auf der ganzen Welt ein, baut aber Berge aus Maulwurfshügeln von "Beweisen" auf, um die russische Regierung anzuklagen, dass die eine globale Bedrohung für die Demokratie sei, und insbesondere für die amerikanische (gefälschte) "Demokratie". Und das ist Lüge Nummer 3.

Und natürlich hatte das US-Regime auch 2003 gelogen, um in den Irak einzudringen, und lügt heute, um zu behaupten, dass "der Iran der oberste staatliche Förderer des Terrorismus" sei und vieles mehr; jeder, der noch dem vertraut, was das US-Regime sagt, muss ein Narr sein. Die New York Times (die 2002 und 2003 so prominent an der stenographischen Verbreitung der Lügen des US-Regimes über den Irak beteiligt war) ist, nicht weniger als damals, eine anhaltende Beleidigung der Intelligenz ihrer Abonnenten, aber diesmal verbreiten sie vor allem gegen Russland Lügen. Die Abonnenten der

Zeitung haben ihre Abonnements nicht in einer Revolte gekündigt; diese Zeitung bleibt sehr erfolgreich, als ob es in Ordnung wäre, routinemäßig zu lügen, um eine Invasion zu "rechtfertigen".

Die US-Öffentlichkeit glaubt genau jenen Nachrichtenmedien, die Amerika in frühere Invasionen und Massenmorde verwickelt haben – in Kriege und Staatsstreich. Das sind alle wichtigen Nachrichtenmedien der USA und sogar die meisten der alternativen Medien (aber sicherlich nicht die, die Sie hier lesen). Deshalb wurde Trumps UN-Botschafterin Nikki Haley, als sie am 5. April 2018 vor Studenten der Duke University redete und sagte (um 46:50 Uhr im Video): "Russland wird nie unser Freund sein", von niemandem ausgebuht. Und sie fuhr fort: "Ihr habt noch alles gesehen, was diese Regierung mit Russland machen wird." Mit anderen Worten: Sie predigte, dass Feindseligkeit gegenüber "Russland" "gut" sei. Die Studenten und die Fakultät schienen ihre nationalistischen, mehr als heiligen, verlogenen Predigten voll zu unterstützen. Alle Fragen, die ihr gestellt wurden, glauben all die Lügen, die sie über Russland, gegen Baschar al-Assad und so viele andere gesagt hatte, als wahr. Sie hat diese Menschen mit Leichtigkeit getäuscht, denn alle großen Medien hatten sie bereits getäuscht, so wie es in den Jahren 2002 und 2003 in Bezug auf den Irak geschehen ist. Narren lernen nie wirklich, weil sie die Wahrheit mit dem (Lügen-) Löffel gefressen haben.

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/eric-zuesse-23-11-2018/>

Nichts darf stillstehen

Der Mensch muss seine eigene Weise finden, und es darf dabei keinen Stillstand geben, wie auch niemals beim einmal Erreichten, weil die Dynamik des Fortschritts fordert, dass allemal alles ungehemmt dem Weitergehen und somit der Weiterentwicklung eingeordnet sein muss.

SSSC, 20. Mai 2018, 16.00 h, Billy

Den eigenen Weg gehen

Der Mensch muss in seinem Leben seinen eigenen positiven Weg zum inneren Frieden, zur Freiheit sowie zu seinem Glück, zur wahren Liebe, wie auch zur Rechtschaffenheit auf eigene Weise finden und dann sein Handeln in Gelassenheit verrichten.

SSSC, 20. Mai 2018, 00.02 h, Billy

Jetzt geht das schon wieder los!

Die USA beschuldigen den Iran, Chemiewaffen zu verbergen

von Tyler Durden, 22.11.2018

<https://www.zerohedge.com/news/2018-11-22/us-makes-new-allegations-hidden-iranian-nerve-agent-program-hague>

Mit einem einfallslosen Refrain direkt aus dem üblichen Washingtoner Regime Change Drehbuch haben die Vereinigten Staaten eine formelle Beschwerde eingereicht, in der behauptet wird, dass der Iran Nervenkampfstoffe "für offensive Zwecke" entwickelt.



Wie zuvor in Syrien (und Russland) kommt zuerst die Rhetorik der „empörenden“ Menschenrechtsverletzungen, dann kommen lähmende Sanktionen und der internationale "Paria-Status". Und für den letzten Schub kommen die unbegründeten Vorwürfe von Chemieangriffen, eine Anklage, die jetzt offiziell vorbereitet und vom Westen gegen Teheran in Gang gesetzt wird.

Nachdem AP vor einer Woche erstmals enthüllt hat, dass die USA daran arbeiten, den Iran zu beschuldigen, internationale Verbote für chemische Waffen zu verletzen, hat ein amerikanischer Diplomat der globalen Agentur für chemische Waffen in Den Haag (OPCW) gesagt, dass Teheran nicht alle seine Fähigkeiten im Bereich der chemischen Waffen veröffentlicht habe.

Botschafter Kenneth Ward sagte am Donnerstag auf einer Sitzung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), dass der Iran gegen eine internationale Nichtverbreitungskonvention verstößt. "Die Vereinigten Staaten haben seit langem Bedenken, dass der Iran ein Chemiewaffenprogramm unterhält, das er der OPCW nicht erklärt hat", sagte Ward auf einer OPCW-Konferenz.

"Die Vereinigten Staaten sind auch besorgt darüber, dass der Iran auch Chemikalien mit Wirkung auf das Zentralnervensystem für offensive Zwecke einsetzt", fügte er hinzu. Er verband dies mit dem allgemeinen Vorwurf und Thema des Weißen Hauses, dass der Iran und Russland Syrien ermöglicht hatten, Zivilisten mit Nervengas anzugreifen, entsprechend Behauptungen westlicher Vertreter. Insbesondere behauptete Amb. Ward, dass der Iran eine Produktionsstätte zum Füllen von Fliegerbomben (Anm.d.Ü.: warum nicht gleich Fassbomben??) versteckt hat, während er gleichzeitig ein geheimes Programm zur Beschaffung verbotener toxischer Munition, einschließlich Nervenkampfstoffen, unterhielt.

Während eine Reihe von Kommentatoren den schieren Mangel an Beweisen zur Unterstützung der Behauptungen angemerkt haben – etwas, das die US-Beamten nie davon abgehalten hat, die Anklage zu erheben, ob es nun Irak, Libyen oder Syrien war – zitierte Ward lediglich historische Informationen aus den 1980er Jahren, wonach der Iran verbotene chemische Munition an Gaddafis Libyen geliefert habe. Ironischerweise hatten die USA Saddam Hussein in diesem Zeitraum der 80er Jahre mit Ausrüstung und Fähigkeiten für die Chemieproduktion beliefert, so kürzlich freigegebene CIA-Akten.

<https://foreignpolicy.com/2013/08/26/exclusive-cia-files-prove-america-helped-saddam-as-he-gassed-iran/>

(Anm.d.Ü.: In diesen Dokumenten befindet sich übrigens auch diese Passage, die eine Beteiligung Westdeutschlands bei der Ausrüstung des Irak erwähnt)

The Iraqi Chemical Weapons Program in Perspective

Key Judgments
Information available as of 15 November 1984 was used in this report.

The successful use of lethal chemical weapons by Iraq in a conventional war is the culmination of 20 years of effort by Baghdad to acquire or develop such weapons. The past decade has witnessed the success of their sustained and systematic effort to develop a state-of-the-art capability to manufacture chemical weapons against great political odds and despite economic sanctions in acquisition of requisite technology. The chemical warfare program has been a relatively cheap investment for Iraq. We estimate the program has cost slightly above \$200 million in capital expenditures during the past decade, less than 2 percent of Iraq's military expenditures over the same period. The program occupies about the same order of magnitude in dollars and research and development effort as the Iraqi nuclear program

25X1

Iraq has managed to obtain needed assistance in research, training, and process technology from Soviet, West European, and other Middle Eastern sources. Without this foreign, particularly West European, assistance, we believe the Iraqis could not have developed chemical weapons. Help by the West German firm [redacted] has been especially critical. [redacted] supplied technical expertise and equipment and has facilitated Iraqi contacts with other West European suppliers. Despite their continuing heavy involvement in Iraq's chemical protective programs, we do not believe that the Soviets have been involved in the Iraqi effort to develop chemical weapons since the mid-1970s. At that time, the Iraqis excluded the Soviets from the Iraqi weapons program because of their dissatisfaction with Soviet prices and equipment and because the Iraqis had adequate support from West European firms.

25X1

25)

25)

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/iran-chemiewaffen-22-11-2018/>

Derweil....

Lässt (Anm. Billy: liess) Merkel die Petition gegen den UN-Migrationspakt manipulieren?

23. November 2018 Deutschland, International



Arbeit

Arbeit ist niemals eine Last,
sondern sehr nützliches und
gewichtiges, sinnvolles Tun.

SSSC, 30. April 2017,
17.54 h, Billy

**Keine Verschwörungstheorie kann so übel sein wie das,
was in aller Öffentlichkeit verbrochen wird**

von Caitlin Johnstone, 21.11.2018

<https://caitlinjohnstone.com/2018/11/21/nothing-in-any-conspiracy-theory-is-as-bad-as-whats-being-done-out-in-the-open/>



Gestern gab Präsident Trump eine Erklärung auf der Website des Weißen Hauses bekannt, die besagt, dass seine Regierung an der Seite des saudischen Königshauses stehen wird, trotz der Behauptung der CIA, dass Kronprinz Mohammed Bin Salman persönlich den Mord an Jamal Khashoggi angeordnet hat, einem saudischen Journalisten, der in den Vereinigten Staaten lebte und arbeitete.

Die Aussage liest sich wie eine Langfassung eines von Trumps Tweets, vollgepackt mit unnötigen Ausrufezeichen und Slogans wie "America First" und der Lüge, dass der Iran "der weltweit führende Sponsor des Terrors" sei, was nie wahr sein wird, egal wie oft diese Regierung es bewusst wiederholt. Der weltweit führende Sponsor des Terrorismus ist natürlich Saudi-Arabien, ebenso wie Israel und die Vereinigten Staaten.

Trump's angebliche Opposition hat mit melodramatischer Empörung reagiert, als ob ein US-Präsident, der sich trotz schrecklicher Gewalttaten weiterhin für Saudi-Arabien einsetzt, irgendwie neu und beispiellos sei und seit Jahrzehnten kein Standardverfahren mehr ist. Einen Journalisten zu zerlegen, während er noch am Leben ist, das ist für die saudische Regierung ein ziemlich typischer Geschäftsvorgang und würde nicht in der Nähe der Top Ten der bösesten Dinge rangieren, die diese Regierung getan hat. Aber weil es Amerika und eine Verschwörung betrifft, ist es eine sexy Geschichte, die überall die Runde macht. Und fügt man die Tatsache hinzu, dass Trump über die amerikanische Verkommenheit noch unverblümt und direkter redet, so hat man eine Geschichte.

„Sehr geehrter @realDonaldTrump: Sie sind der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Sie sollten nicht vor Saudi Arabien katzbuckeln.

Ihre Stellungnahme ist schwach, trotz all der Ausrufungszeichen. Ein starker @POTUS würde den Saudis die Ermordung & Zerstückelung eines Journalisten nicht durchgehen lassen. - Ted Lieu (@tedlieu) November 21, 2018

Dies ist bis heute eine heiße Geschichte geblieben, verstärkt durch einen Tweet des amerikanischen WWE-Präsidenten, in dem er sich über die niedrigen Benzinpreise brüstet und wie eine gute kleine Marionette "Danke Saudi-Arabien" hinzufügt. Und inmitten all des Drohens und Aufplusterns über die Ermordung eines Mannes durch die saudische Regierung wurde eine weitaus weniger fesselnde Geschichte veröffentlicht, in der es heißt, dass zwischen April 2015 und Oktober 2018 etwa 84 701 jemenitische Kinder unter fünf Jahren verhungert wurden. Und ich sage, "wurden verhungert" statt "sind verhungert", weil ihr Verhungern das direkte Ergebnis einer Blockade und der unerbittlichen Gewalt durch Saudi-Arabien ist.

Der Mangel an Augenmaß als Reaktion auf den Fall Khashoggi im Vergleich zur Zerstörung des zivilen Lebens im Jemen wurde von jedem mit einer öffentlichen Plattform und offenen Augen scharf kritisiert, und das zu Recht; natürlich wäre es schrecklich, wenn eine Regierung einen Journalisten kaltblütig ermorden würde, aber das für bemerkenswerter zu halten als den qualvollen Tod von Zehntausenden ist obszön.

Diese Dynamik beschränkt sich nicht nur auf saudische Menschenrechtsverletzungen. Nehmen wir zum Beispiel die aktuelle russische Verschwörungstheorie. Selbst wenn Muellers Untersuchung irgendwie beweisen würde, dass Trump mit der russischen Regierung zusammengearbeitet hat, um die Wahlen 2016 zu stehlen (und das wird sie nicht), wäre diese Tat immer noch weit weniger schrecklich gewesen als die anhaltenden Eskalationen eines Kalten Krieges, die diese Regierung ständig gegen eine nukleare Supermacht unternommen hat. Die Existenz jedes einzelnen Organismus auf diesem Planeten wurde durch Trumps idiotisches, unverzeihliches und immer noch andauerndes Spiel der nuklearen Mutprobe mit Russland in Gefahr gebracht, aber kaum jemand spricht jemals darüber. Sie konzentrieren sich stattdessen auf eine hohle Verschwörungstheorie. Zum Teil, weil eine Unterstützung der Kriegstreiberei die Aufgabe der Massenmedien ist, während sie diese Risiken herunterspielen. Und zum Teil, weil theoretische Verschwörungen mehr Aufmerksamkeit erregen als die Dinge, die unsere Herrscher in aller Öffentlichkeit tun.

„85 000 Kinder unter fünf Jahren sind wohl durch Hunger in Jemen gestorben. – Afshin Rattansi, November 21, 2018“

Häufig erzählen mir Verschwörungsliebhaber, ich soll doch über diese oder jene Theorie von 9/11 oder die JFK Ermordung oder was auch immer schreiben, und ich denke mir: Alter, hast du die Dinge gesehen, die sie am helllichten Tag tun?? Es ist nicht so, dass ich irgendeine Bindung zu den offiziellen Narrativen habe, die mir der Fernseher erzählt, dass ich das glauben soll. Ich finde nur, dass ich viel mehr Wirkung mit viel besseren Argumenten erreichen kann, die auf jene Fakten hinweisen, die öffentlich bekannt und unbestritten sind, besonders weil diese Dinge oft viel schlimmer sind als alles, was in einer Verschwörungstheorie behauptet wird.

Ich meine, nimm den 11. September. Ganz schön schlimm, oder? 2996 tote Menschen. Wenn das irgendein Teil der US-Regierung oder einer ihrer Verbündeten gemanagt oder zugelassen hätte, wäre das ziemlich teuflisch. Aber war das schlimmer als eine Million Iraker, die in einem Krieg auf der Grundlage von Lügen getötet wurden? Selbst wenn ihr euch nur um das amerikanische Leben kümmert, übersteigt gerade die Zahl der im Irak getöteten US-Soldaten bereits bei weitem die Zahl der Todesopfer vom 11. September. Dies war ein Krieg, der von geheimnisvollen Regierungsbehörden und DC-Insidern geführt wurde, gerechtfertigt und mit Regierungslügen an die Öffentlichkeit verkauft, mit Lügen, die von den Massenmedien als objektive und unbestreitbare Tatsachen propagiert wurden. Der Krieg wurde ohne jegliche öffentliche Rechenschaftspflicht durchgeboxt, eine Million Menschenleben wurden vernichtet, und als das beendet war, wurde niemand wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt. Es wurde überhaupt niemand gefeuert. Es wurden niemals Änderungen vorgenommen, um zu verhindern, dass unserer Welt wieder solche Schrecken zugefügt werden.

Auf dem Papier würde ich sagen, dass das viel schlimmer ist als der 11. September. Ja, ich weiß, dass die beiden miteinander verwandt sind, aber wenn man sich nur die objektiven Fakten dieser beiden Vorkommnisse ansieht, ist das eine ein deutlich schwerwiegenderes Vergehen als das andere, unabhängig davon, was genau an diesem Septembermorgen geschah.

„Es ist nicht notwendig, in jeden Kaninchenbau einer Verschwörungstheorie hineinzukriechen, um zu verstehen, dass es eine Allianz von Plutokraten und geheimnisvollen Regierungsbehörden gibt, die die Dinge leiten; es ist direkt in der Öffentlichkeit. Du kannst sie mit öffentlich zugänglichen, unumstrittenen Fakten darauf hinweisen.“

– Caitlin Johnstone 🐰 (@caitoz) 10. November 2018

So ziemlich alle anderen Verschwörungstheorien sind genauso; interessant und faszinierend aufgrund der Idee, mächtige Menschen auf frischer Tat zu erwischen, die etwas Schreckliches getan haben. Aber viel weniger schrecklich als die Dinge, die dieselben mächtigen Menschen öffentlich tun. Die Massenmedien versuchen nicht zu verbergen, wem sie gehören. Oder ihre virulente Pro-Establishment-Verzerrung zu verbergen, während sie unseren <Geist> (Tag für Tag manipulieren. Medizingeld wird für Bomben und Kriegsschiffe ausgegeben, Zivilisten werden mit Sanktionen ausgehungert, Kriege werden mit Lügen geführt, und wenn diese Lügen aufgedeckt werden, bekommen wir nichts als ein "Am Arsch, wir tun was wir wollen." Milliardäre beeinflussen die Legislative mit Konzern-Lobbying und Wahlkampfspenden, um die Waage zugunsten der plutokratischen Klasse zu kippen, das Geld blutet aufwärts zu den Reichsten der Reichen, während die Amerikaner an mangelnder Gesundheitsversorgung sterben. Wir nähern uns dem Aussterben, entweder durch umweltzerstörerischen Endstadium-Kapitalismus oder den nuklearen Holocaust, und lukrative Waffengeschäfte werden mit einer unvorstellbar reichen Königsfamilie abgeschlossen, die die schlimmste humanitäre Krise der Welt im Jemen verursacht.

Wenn wir mit klaren Augen sehen könnten, was mit uns und unseren Mitmenschen in aller Öffentlichkeit geschieht, würden wir zurückschrecken und zu Boden fallen, zitternd vor lauter Angst. Der einzige Grund, warum wir diese schrecklichen Dinge nicht so behandeln, wie sie sind, ist, dass sie für uns so weit normalisiert wurden, dass wir sie als selbstverständlich ansehen und annehmen, dass dies der einzig mögliche Weg sei. Verschwörungstheorien funkeln, weil sie Neuigkeiten sind, für die wir nicht desensibilisiert wurden. Aber es sind normalerweise die Dinge, die mächtige Menschen in aller Öffentlichkeit tun, die den größten Schaden anrichten.

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/caitlin-johnstone-21-11-2018/>

Der UN-Migrationspakt ein Pakt der Elite 5/5 (1)

24/11/201824/11/2018 NPR.NEWS

Das Vorbeischummeln des UN-Migrationspaktes an der Europäischen Bevölkerung dürften sich die Drahtzieher, unter anderem auch das Weltwirtschaftsforum in Davos, wohl anders vorgestellt haben. Mit dem Rückzug Österreichs aus diesem Pakt rückte der Pakt erst richtig in die Öffentlichkeit. Immer mehr kritische Reaktionen und somit Austritte folgten. Umfrage am Ende des Beitrages.

Hinter dem **Globaler Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration)** stehen auch handfeste wirtschaftliche Interessen. Schon lange vor dem Ansturm im Jahr 2015, arbeitete das Weltwirtschaftsforum in Davos (WEF), unter Mitwirkung der Europäischen Union, daran, die wirtschaftlichen Interessen in eine Art „Arbeitsmigration“ einfließen zu lassen. In einem 2013 verfassten Dokument des WEF „The Business Case for Migration“ finden sich daher Punkte, die in das nun finale Dokument der UN einfließen. Der Import von Fähigkeiten kann vorübergehend Engpässe in bestimmten Sektoren schließen und verhindern, dass Fähigkeiten von anderen Sektoren der nationalen Wirtschaft abgezogen werden.



Flexible Einwanderungsverfahren sind erforderlich, um die einfache Freizügigkeit von hochqualifizierten Arbeitnehmern zwischen Ländern und Wirtschaftszentren zu erleichtern.

Die Förderung der Talentmobilität zwischen den Staaten trägt zum nationalen, regionalen und globalen Wirtschaftswachstum und zur Wettbewerbsfähigkeit bei.

Die Wirtschaft hat die Verantwortung, Arbeitnehmer nicht nur zu kommerziellen Zwecken auszubilden, sondern auch einen Beitrag zur Allgemeinheit zu leisten.

Es ist eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen, zwischen dem Privatsektor und der Regierung sowie zwischen den Regierungen erforderlich, um die Mobilität der Talente und die Qualifikation der Mitarbeiter zu gewährleisten.

Anerkennung und Anpassung von Arbeitsangebot und -nachfrage.

Die Einwanderungsreform sollte sich darauf konzentrieren, die Einwanderung von Fähigkeiten und Talenten zu erleichtern und gleichzeitig die Rechte der Migranten zu schützen.

Die Stärkung von Migranten macht sie zu besseren Verbrauchern.

Die Diaspora kann eine dynamische Ressource für die Herkunfts- und Gastwirtschaft sein. Strukturen, die das Potenzial der Diaspora unterstützen und inkubieren, können ihren Beitrag zur Entwicklung verbessern.

Die demografische Entwicklung wird mehrere wichtige Auswirkungen auf die Migrationsmuster haben. Die Migration wiederum wird sich auf die Erfahrung der älteren Menschen auswirken. Die Gemeinschaften sollten sich auf die steigende Nachfrage nach verschiedenen Arten von Arbeitskräften, einschließlich Hospiz- und Pflegediensten, sowie auf neue Trends in den sozialen Gepflogenheiten und Beziehungen zu älteren Menschen einstellen.

Städte und Arbeitgeber können eine zentrale Rolle bei der Förderung der Integration von Migranten in ihre Aufnahmegemeinden spielen. Der Rat strebt danach, dass diese Schlussfolgerungen von Ländern, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Migrantenverbänden aufgegriffen und diskutiert werden. Die hier vorgestellten Fälle sind nur eine Handvoll Momentaufnahmen eines globalen Phänomens, das mehr Aufmerksamkeit und Erforschung durch die akademische und politische Gemeinschaft sowie durch die Unternehmen selbst verdient. Ein besseres Verständnis der reichen Beziehungen zwischen Unternehmen und Migranten sowie zwischen Migranten und der Wirtschaft wird die Fähigkeit der politischen Entscheidungsträger verbessern, wirksame Maßnahmen zur Migrationsförderung zu entwickeln.

KenFM – Tagesdosis 23.11.2018 – Der neokoloniale Pakt – Ein Kommentar von Hannes Hofbauer.

Quelle: <https://npr.news.eulu.info/2018/11/24/der-un-migrationspakt-ein-pakt-der-elite/>

Anonymous deckt massive antirussische Psyop auf – gesteuert von London, Washington und NATO

Published on November 25, 2018 November 25, 2018 in Geheimdienst/Geopolitik/Online Welt/Welt 211 views

Anonymous hat zahlreiche Dokumente veröffentlicht, die eine von Großbritannien geführte, internationale Geheimoperation aufdeckt. Unter dem Vorwand, „russischer Propaganda“ entgegenzuwirken, wird massiv auf Politik und öffentliche Meinung Einfluss genommen.

Die Gruppe Anonymous hat ein umfangreiches geheimes Netzwerk aufgedeckt, das mit der psychologischen Kriegsführung in ganz Europa und darüber hinaus befasst ist.

In einer Reihe von Dokumenten stellte Anonymous am 5. November die sogenannte britische „Integrity Initiative“ vor, die im Jahr 2015 vom ominösen „Institute for Statecraft“ gegründet wurde. Deren Hauptziel ist es, „eine koordinierte westliche Reaktion auf russische Desinformation und andere Elemente der hybriden Kriegsführung“ hervorzubringen.

Dabei ist gerade das Institute for Statecraft nicht ganz unabhängig und objektiv, ist es doch der NATO HQ Public Diplomacy Division sowie dem vom britischen Innenministerium finanzierten Programm „Prevent“ angeschlossen.

Die geheime, mit einem Jahresbudget von 1,9 Millionen Pfund (2,4 Millionen US-Dollar) ausgestattete sogenannte Integritätsinitiative besteht aus „Clustern“ von lokalen Politikern, Journalisten, Militärangehörigen, Wissenschaftlern und Akademikern. Das Team widmet sich der Suche nach und Veröffentlichung von „Beweisen“ für die vermeintliche russische Einmischung in europäische Angelegenheiten, während es sich selbst hinter den Kulissen mit Beeinflussung beschäftigt.

In einem besonders auffälligen Fall der Projizierung scheint das britische Establishment genau jene Aktivitäten durchzuführen, die sowohl die britische Regierung als auch deren Verbündete dem Kreml seit langem vorwerfen, jedoch ohne diese mit Beweisen zu unterlegen. Das Programm zielt auch darauf ab, „die Einstellungen in Russland selbst zu ändern“ und die russischen Sprecher in der EU und Nordamerika zu beeinflussen, heißt es in einem der nun veröffentlichten Dokumente.

Derzeit befasst sich das riesige Netzwerk mit Spanien, Frankreich, Deutschland, Italien, Griechenland, den Niederlanden, Litauen, Norwegen, Serbien und Montenegro – und das ist noch nicht alles.

Laut dem Anonymous-Leak bestehen bereits große Pläne zur Ausweitung des Einflussbereichs auf Osteuropa, die USA und Kanada sowie die Regionen Nahost und Nordafrika.

Die Arbeit der Cluster erfolgt demnach unter absoluter Geheimhaltung über verdeckte Kontakte, die in die britischen Botschaften eingebettet sind.

Die gemeinsame Analyse der vorgeblichen „russischen Angriffe“ in Zusammenarbeit auf Regierungsebene hätte zudem das Potenzial, die internationale „Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der Allianz“ zu verstärken.

Die Initiative behauptet von sich, keine Regierungsstelle zu sein, sondern mit ungenannten britischen „Regierungsbehörden“ zusammenzuarbeiten. Dabei hat sie 168 000 Pfund Sterling aus Mitteln der NATO Public Diplomacy und 250 000 Pfund Sterling vom US-Außenministerium erhalten. Zu den angeblichen Mitgliedern gehören britische Abgeordnete und hochkarätige, scheinbar „unabhängige“ Journalisten, die jedoch ein Faible für antirussische Stimmungsmache haben, wie ein kurzer Blick auf ihre Twitter-Feeds zeigt.

So schrieb beispielsweise Edward Lucas, Journalist für die *Times*, geradezu panisch auf Twitter, warum niemand in der britischen Regierung auf einen „bevorstehenden russischen Staatsstreich bei Interpol“ hingewiesen habe. Und das, obwohl die britische Regierung doch angeblich eine umfassende Herangehensweise gegenüber „Russland und anderen feindlichen Staaten“ habe.

Der Abgeordnete der Konservativen Bob Seely verweist auf seinen Bericht „Das Geld der mit dem Kreml verbundenen Oligarchen wird verwendet, um unserer Demokratie zu schaden – wir müssen uns verteidigen“.

Eine von der Gruppe angeführte Fallstudie zeigt als Beispiel ihrer Aktivitäten, wie effektiv die Strategie sein könnte. Den Dokumenten zufolge wurde die „Moncloa-Kampagne“ vom spanischen Cluster der Gruppe durchgeführt, um die Ernennung von Oberst Pedro Baños zum Direktor des spanischen Ministeriums für Heimatschutz zu verhindern. Und das Ganze erforderte lediglich siebeneinhalb Stunden der Arbeit von mehreren hochkarätigen spanischen Journalisten, die der geheimnisvollen Gruppe angehören.

Die spanische Regierung bereitet sich darauf vor, Oberst Baños, bekannt für seine prorussischen und Pro-Putin-Positionen in den syrischen und ukrainischen Konflikten, zum Direktor des Ministeriums für Heimatschutz zu ernennen, einem Schlüsselorgan an der Moncloa“, so Nacho Torreblanca in einem umfangreichen Twitter-Thread.

Miguel Ángel Quintana Paz, Journalist von *El País*, schrieb, Baños sei für die Geopolitik das, was ein Homöopath für die Medizin ist; ihn zu ernennen, wäre „eine Schande“.

Spanische Medien wie *El País* berichteten im Anschluss entsprechend. Auffallend ist auch, dass Mitglieder des britischen Teams wie der Abgeordnete Bob Seely auch im Dokument zu Baños aufgeführt werden. Letzterer unterlag Miguel Ángel Ballesteros.

So schrieb Seely denn auch zu den spanischen Angelegenheiten per Twitter:

Interessante Wahl, möglicherweise eine besorgniserregende Wahl. Spaniens neuer Mann für nationale Sicherheit wird als Pro-Putin angesehen.

Quelle: <http://derwaechter.org/anonymus-deckt-massive-antirussische-psyop-auf-gesteuert-von-london-washington-und-nato>

Gruppenvergewaltigung mit Ansage:

Wie in Freiburg Polizei, Justiz und Politik ihr Totalversagen schönreden.

Von Gerold Keefer Veröffentlicht am 25. November 2018 von conservo (www.conservo.wordpress.com)

Es ist mittlerweile ein leider gewohntes Bild: Schwerste Verbrechen wurden begangen. Die Täter sind mal wieder Männer aus einem hinlänglich bekannten Kulturkreis. Männer, die in Deutschland angeblich Schutz vor Gewalt und Verfolgung suchen, was sie aber nicht daran hindert, sich in Kriegertracht oder gar mit Waffen zu präsentieren.

Mit einem Wort: Die seltsamsten Flüchtlinge, die man je gesehen hat.

Die Opfer sind meist junge Frauen, zu allen Zeiten die unmittelbar beliebteste Kriegerbeute. Oft sind es Kinder, alte oder behinderte Menschen. Aber zwischenzeitlich durchaus auch Familienväter, die auf die selbstmörderische Idee kamen, sich gegen Übergriffe dieser Tätergruppe wehren zu wollen. Denn um keinen Zweifel an ihrer Niedertracht aufkommen zu lassen, setzen diese Täter in der Regel auf die Überzahl des Rudels. Die Opfer sind die, die unser Staat nicht mehr schützen will. Es sind die, die tatsächlich Schutz gebraucht hätten.

Und dann gibt es die Pressekonferenz. Da treten angegraute Polizei- und Justizbeamte des höheren Dienstes mit betretenen Mienen auf das Podium, gelegentlich auch ein Politiker. Und dann versuchen sie, während sie nervös auf ihren Stühlen hin und her rutschen, angespannte Blicke wechseln und Geschlossenheit demonstrieren, über einen Zeitraum von 30 bis 60 Minuten hinweg genau zwei Dinge:

Ihr gemeinschaftliches Versagen schönzureden und die seit 2015 zerfallende öffentliche Sicherheit als Normalzustand darzustellen.

Allein die „kriminelle Vita“ des Haupttäters von Freiburg, also eines Achtels der bisher bekannten Tätermenge, erklärt dabei das Versagen bereits abschließend und erschöpfend:

Majd H. hielt sich seit 2014 in Deutschland auf. Er kam im Zuge eines Familiennachzugs.

Eine Familienzusammenführung, die laut Kriminologe Professor Pfeiffer Straftaten von Migranten unwahrscheinlicher macht. Das hat, wie beim Mord von Susanna in Wiesbaden, auch in diesem Fall mal wieder nicht ganz geklappt.

Bereits seit 2017 besteht der Verdacht, dass Majd H. zusammen mit Freunden eine Gruppenvergewaltigung an einer 20-jährigen in seiner Wohnung begangen hat. Das ist zumindest der Klartext, dessen was Oberstaatsanwalt Mächtele auf der Pressekonferenz preisgibt. Details dieser Tat nennt er auch auf Nachfrage nicht – Opferschutz. „Opferschutz“ ist das Codewort, mit dem es Behörden mittlerweile routiniert vermeiden, peinliche oder bestürzende Wahrheiten der Öffentlichkeit preiszugeben. Klar ist, dass das damalige Opfer eine Anzeige gemacht hat und dieser ein Verfahren anhängig ist, das aber wegen „widersprüchlichen Aussagen“ nicht weiterbetrieben wurde.

Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einer Gruppenvergewaltigung die Mehrheitsverhältnisse der Zeugenaussagen zu Gunsten der Täter liegen – da kann man dann halt nichts machen.

Weiter ging es mit diversen Straftaten, von denen Herr Mächtele drei Körperverletzungsdelikte und zwei Straftaten mit Sexualbezug benennt, die seit dem Sommer 2018 begangen wurde. Auch hier gibt es keine Details – Opferschutz, reiner Opferschutz, versteht sich.

Ob die Tat vom Mai 2018, bei der Majd H. vor einem Freiburger Schwimmbad einen behinderten Mann mit einem Baseballschläger verprügelte, konsequent verfolgt wurde, bleibt wie so vieles unklar. Spätestens im Mai 2018 stand jedenfalls für jeden, der es wissen wollte, fest, dass Majd H. ein brutaler Gewalttäter ist. Spätestens jetzt hätten vor dem Hintergrund der Tatvorwürfe in Sachen Gruppenvergewaltigung in einer von Sexualverbrechen besonders betroffenen Stadt wie Freiburg alle Alarmglocken klingeln müssen. Doch sie klingelten mal wieder nicht.

Die Zwischenfrage, die hier gestellt werden muss, ist, was man eigentlich anstellen muss, um in Deutschland die auch nun wieder zitierte „volle Härte der Justiz“ zu erfahren oder zumindest zeitweise aus dem Verkehr gezogen zu werden.

Zu einem vollstreckbaren Haftbefehl kam es jedenfalls erst ein halbes Jahr später, am 10. Oktober 2018, nachdem noch weitere Straftaten aufgelaufen waren. Und dann wurde dieser Haftbefehl nicht, wie es einem der gesunde Menschenverstand eingeben würde, zügig vollstreckt, sondern über Tage hinweg verschleppt. Und genau deswegen konnte es zur Gruppenvergewaltigung mit Ansage kommen. „Wir wurden von den Ereignissen überholt.“, sagt Herr Belle von der Kripo. Leider falsch: Im Laufe von zwei Jahren war Majd H. der Polizei immer mindestens eine Straftat voraus.

Die Pressekonferenz vom Freitag, dem 02.11.2018, wird dann vollends zur Farce:

Zwei weitere „DNA-Treffer“ gäbe es.

Man spielt hier geschickt mit falschen Begriffen, denn es handelt sich nur um zwei weitere DNA-Spuren, die vielleicht von weiteren Tätern stammen, deren Identität man aber gar nicht kennt!

Mit einem „DNA-Treffer“ bezeichnet man stattdessen die klare Identifikation eines Täters durch Vergleich einer aktuellen DNA-Spur mit einer früheren. Egal, das klingt irgendwie nach Erfolg, also gibt man es zum Besten.

Und einen „großer Erfolg“ nennt man dann auch die Inhaftierung von acht Tatverdächtigen, von denen sechs bereits polizeibekannt waren. Das ist bei viel gutem Willen vielleicht ein kriminalistischer Trostpreis. Ein echter, „großen Erfolg“ wäre, die bei konsequenter Strafverfolgung ohne jede Frage mögliche Verhinderung des vierstündigen Martyriums einer jungen Frau gewesen. Da hat sie dann halt Pech gehabt.

§ Pech gehabt – wie Mia aus Kandel, deren Bedrohungslage Polizei und Behörden Wochen vor ihrem Mord bekannt war. Man beließ es aber bei einer polizeilichen „Ansprache“ des Täters – am Tage ihres Todes.

§ Pech gehabt, wie Susanna aus Mainz, deren Mörder bereits im Vorfeld wegen Vergewaltigung eines elfjährigen Mädchens angezeigt worden war. Man beließ es aber bei Ermittlungen, die angeblich am Problem von vier namensgleichen Alis in der Unterkunft stockten.

§ Pech gehabt, wie Nikola aus Neustadt/Weinstraße, deren Mörder sie bereits Monate vor der Tat im hochschwangeren Zustand verprügelt hat. Ein Richter beließ es bei einer „Bewährung“, die der Täter konsequent für einen kaltblütigen Mord nutzte. Den wiederum ordnete eine tolerante Staatsanwaltschaft nur als Totschlag ein – verstehe das wer will!

„Macht euch nicht wehrlos mit Alkohol oder Drogen“. Ruft Freiburgs Polizeipräsident Rotzinger einer verunsicherten Öffentlichkeit zu. Dabei ist es ein seit über drei Jahren anhaltendes Behörden- und Staatsversagen, welches das ganze Land wehrlos macht – auch gänzlich ohne Alkohol und Drogen.

Und spätestens, wenn der patinagrüne, altväterliche Ministerpräsident des ehemaligen Musterlandes, in dem sich die bestialischen Taten von Freiburg zugetragen haben, Mörder und Vergewaltiger als „Tunichtgute“ verharmlost, dann weiß man: Es muss noch viel schlimmer werden, bevor es besser werden kann. Veröffentlichungsdatum: 25.11.2018, 15:50 mit-ansage-wie-in-freiburg-polizei-justiz-und-politik-ihr-totalversagen-schoenreden/

www.conservo.wordpress.com 25.11.2018 Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2018/11/25/gruppenvergewaltigung->

London versucht, antirussische Koalition mit «Fake News» aufzubauen



Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat die Unzufriedenheit einiger europäischer Länder mit dem Fehlen einer souveränen EU-Außenpolitik sowie Propagandavorwürfen gegen RT und Sputnik kommentiert.

«Was Angela Merkel sagt ist nicht die Zukunft, es ist nicht einmal die Gegenwart: Es ist die Vergangenheit. Sie haben ihre Souveränität bereits verloren», sagte sie unter Bezugnahme auf die jüngste Erklärung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bereit sein müssen, auf ihre Souveränität zu verzichten.

Laut Sacharowa gaben einige EU-Länder bei bilateralen Gesprächen zu, dass sie es «satt haben», gezwungen zu sein, sich der Koalitionspolitik gegen Russland anzuschließen. Auf die Behauptungen Frankreichs, RT und Sputnik würden Propaganda verbreiten, stellte Sacharowa die Unparteilichkeit der französischen Medien in Frage, gerade wenn sie über Ereignisse im Donbass berichten.

Sie stellte auch die Frage in den Raum, ob es überhaupt französische Berichte von vor Ort gebe. «Ich bin mir nicht sicher, ob dort französische Reporter arbeiten. Aber ich möchte noch einmal betonen, dass RT und Sputnik dort arbeiten, ihre Berichte von dort aus verfassen und dieses Gebiet besuchen», schloss die Sprecherin.

Quelle: <https://de.news-front.info/2018/11/25/london-versucht-antirussische-koalition-mit-fake-news-aufzubauen/>

Verfassungsgericht verschleppt Klage gegen Grenzöffnung

Autor Vera Lengsfeld Veröffentlicht am 25. November 2018 *Text zuerst erschienen auf Achse des Guten*
von Dirk Maxeiner

Befürworter wie Gegner der ungehinderten Einreise von Asylbewerbern sehnen eine höchstrichterliche Klärung durch das Bundes-Verfassungsgericht dringend herbei. Die Juristen haben die verschiedenen Meinungen vorgetragen, etwa hier und hier und hier auf achgut.com, aber auch die neutralen Darstellungen der Meinungsvielfalt durch Wissenschaftliche Dienste des Bundestages. Es ist also höchste Zeit, den sich aus den unterschiedlichen Rechtsauffassungen ergebenden gesellschaftlichen und politischen Konflikt zwischen den Anhängern der „Herrschaft des Unrechts“ und des „Rechtsbruchs“ und denen, die solche Rechtsansichten für eine „Dolchstoßlegende“ oder „rechte Schauermärchen“ halten, endlich durch das bisher hoch angesehene Bundesverfassungsgericht abschließend entscheiden zu lassen.

Schließlich geht es trotz aller immer wieder behaupteter Komplexität doch um die einfache Ausgangsfrage, ob es sich bei der seit 13. September 2015 geltenden Anweisung, dass „Drittstaatsangehörigen ohne aufenthaltslegitimierende Dokumente und mit Vorbringen eines Asylbegehrens die Einreise zu gestatten ist“, lediglich um die *Umsetzung verbindlich geltenden europäischen Rechts* handelt oder ob die Bundesregierung hier *freiwillig und ohne ausreichende Beteiligung des Bundestages* von der Zurückweisungsnorm des § 18 Abs. 2 AsylG abgewichen ist.

Die Organklage, die hierzu am 14. April 2018 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht worden ist, hätte eigentlich ihren normalen Gang gehen müssen. Als ersten Schritt gibt § 23 Abs. 2 BVerfGG dem Gericht vor, dass die Antragschrift dem Antragsgegner, also der Bundesregierung, unverzüglich mit der Aufforderung zuzustellen ist, sich binnen einer zu bestimmenden Frist dazu zu äußern. „Unverzüglich“ heißt im Juristendeutsch zwar nicht zwingend sofort, aber ohne schuldhaftes Zögern (§ 121 Abs 1 BGB).

Sieben Monate vergangen – und still ruht der See

Eine Nachfrage beim Prozessbevollmächtigten der Antragsteller, Ulrich Vosgerau, hat ergeben, dass das höchste deutsche Gericht das Verfahren offensichtlich absichtlich in die Länge zieht. Eigentlich müsste der Anwalt darüber informiert werden, sobald die ausführliche Antragschrift der Bundesregierung zugestellt wird. Dies ist jedoch bislang nicht geschehen.

Danach hat das Bundesverfassungsgericht, obwohl die Prozessvorschriften dies eindeutig vorsehen, weder unverzüglich die Klage nach deren Eingang der Bundesregierung zugestellt, noch dieser eine Äußerungsfrist gesetzt, innerhalb derer sie ihre – bisher unklare – Rechtsauffassung zur andauernden Einreise von Asylbewerbern aus anderen sicheren EU-Ländern hätte darlegen müssen. Nachdem seit der Klageeinreichung am 14. April nun mehr als sieben Monate vergangen sind, habe ich gestern an den Pressesprecher des Gerichts, Max Schoenthal, folgende Anfrage gerichtet:

1. *Ist die Antragschrift in dem Organstreitverfahren zu Klärung der Achtung der Mitwirkungsrechte des Bundestages bei der seit 2015 andauernden Grenzöffnung (Az. 2 BvE 1/18) der Bundesregierung bereits zugestellt worden und dieser eine Frist zur Erwidern gesetzt worden?*
2. *Falls ja: Wann erfolgte die Zustellung und bis wann wurde der Bundesregierung eine Frist zur Erwidern eingeräumt?*
3. *Falls nein: Weshalb erfolgte noch keine Zustellung bzw. Fristsetzung zur Erwidern?*
4. *Welche Bedeutung misst das BVerfG den in der Antragschrift aufgeworfenen Rechtsfragen zu? Welche Rechtsfragen hält das BVerfG für bisher ungeklärt bzw. bedeutend? Welche Rechtsfragen hält das BVerfG für bereits geklärt bzw. unbedeutend?*

Darauf erhielt ich folgende Antwort:

Sehr geehrter Herr Maxeiner,

das Verfahren ist in Bearbeitung. Ein Entscheidungstermin ist derzeit nicht absehbar. Ich bitte um Verständnis dafür, dass ich keine Auskünfte zu einzelnen Verfahrensschritten oder Schriftsätzen gebe.

Ebenso wenig kann ich etwaige vorläufige Einschätzungen einzelner Rechtsfragen durch das Gericht wiedergeben.

Freundliche Grüße,

Dr. Max Schoenthal, Pressesprecher des Bundesverfassungsgerichts

Vertrauen in staatliche Institutionen wird geschrottet

Kann es wirklich sein, dass das höchste deutsche Gericht entgegen der geltenden Verfahrensvorschriften eine Klage zu einer der bedeutendsten Rechtsfragen der letzten Jahrzehnte offenbar nicht energisch vorantreibt und anscheinend in der Schublade verstauben lässt? Dieses Vorgehen ist jedenfalls jetzt schon geeignet, um nach den Verheimlichungsversuchen des UN-Migrationspakts erneut das Vertrauen in den Umgang staatlicher Institutionen mit Migrationsfragen zu beschädigen. Zumal – sollte das Bundesverfassungsgericht dereinst zu der Überzeugung gelangen, dass es einer Gesetzesänderung des Bundestages für eine zeitlich und mengenmäßig unbegrenzte Außerkraftsetzung der Zurückweisungsnorm des § 18 Abs. 2 AsylG bedurft hätte – in jedem Monat seit Klageerhebung weiter über 10 000 Asylbewerber ohne die erforderliche Bundestagszustimmung eingereist sein werden. Kritisch ist dies auch deshalb, weil der Bundesregierung ermöglicht wird, ihre Rechtsauffassung zur ungebremsten Einreise weiter zu verschleiern. So konstatieren die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages im Juli 2018, fast drei Jahre nach der „Grenzöffnung“ im September 2015:

„Eine eindeutige Positionierung der Bundesregierung zur Zulässigkeit von Zurückweisungen lässt sich ihren Stellungnahmen zu entsprechenden parlamentarischen Anfragen aus der 18. und 19. Wahlperiode nicht entnehmen. Eine Tendenz dahingehend, dass die Bundesregierung Zurückweisungen von Asylsuchenden auch unter Beachtung der unionsrechtlichen Vorgaben der Dublin-III-Verordnung jedenfalls nicht von vornherein für ausgeschlossen hält, ergibt sich aus folgender Antwort vom 20. Januar 2016: „Eine Zurückweisung ist im Rechtsrahmen der Dublin-III Verordnung und des § 18 AsylG zulässig.““

Die von den Wissenschaftlichen Diensten identifizierte „Tendenz“ wird auch durch jüngste Erkenntnisse der WELT bestätigt. Wenn aber die Bundesregierung tatsächlich davon ausgeht, nicht durch Europarecht zur Einreisegewährung verpflichtet zu sein, stellt sich umso mehr die Frage, wie ein solch weitreichender Verzicht auf die Anwendung des Zurückweisungsgebots des § 18 Abs. 2 AsylG – der faktisch eine Außerkraftsetzung parlamentarisch gesetzten Rechts darstellen würde – ohne Bundestagsbeschluss hinreichend legitimiert sein kann.

Über die Gründe für das – mal vorsichtig ausgedrückt – ein wenig unterambitionierte Verhalten des höchsten deutschen Gerichtes in dieser Frage kann man zwangsläufig nur spekulieren. Vielleicht verfolgt man dort ja gar keine Strategie des Schutzes der Bundesregierung vor der möglicherweise unangenehmen Offenlegung bisher verheimlichter Rechtsansichten oder einer Blamage eines möglichen Unterliegens. Vielleicht ist auch alles viel einfacher. Könnte es gar sein, dass der als Berichterstatter zuständige, ehemals durch die SPD nominierte Richter Andreas Voßkuhle nach seinem 2020 bevorstehenden Ausscheiden als Richter seine Berufsaussichten nicht dadurch beeinträchtigen möchte, einer AfD-Klage stattgegeben zu haben?

Dies dürfte dann allerdings für die Erfolgsaussichten der Klage sprechen, denn mit einer schnellen Abweisung könnte Andreas Voßkuhle sich sicher schmücken.

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/11/25/verfassungsgericht-verschleppt-klage-gegen-grenzoeffnung/>

SKANDAL: Riesen Spende an CDU – „BMW hat Merkel im Sack“

Published on November 26, 2018 November 26, 2018 in Politik/Wirtschaft 192 views

Erst verhindert die Bundesregierung strengere Abgasnormen für Autos, dann wird bekannt, dass BMW-Großaktionäre kurz zuvor der CDU fast 700 000 Euro gespendet haben. Entsprechend laut ist die Empörung jetzt.



Titelbild: Einander zugetan: Kanzlerin Angela Merkel und BMW-Chef Norbert Reithofer bei der IAA im September in Frankfurt.

Berlin: Die CDU kann ihr Budget kräftig aufbessern: Vergangene Woche verbuchte die Partei auf ihrem Konto drei Großspenden von insgesamt 690 000 Euro der Industriellenfamilie Quandt, die erhebliche Anteile am Autobauer BMW hält. Wie auf der Webseite des Bundestags veröffentlicht, spendeten Johanna Quandt ebenso wie ihre Kinder Susanne Klatten und Stefan Quandt der CDU am 9. Oktober jeweils 230 000 Euro.

Von der CDU wurde am Dienstag darauf verwiesen, dass man selbst die Meldung beim Bundestag gemacht habe. Die Familie Quandt gehöre seit vielen Jahren zu den wichtigen Unterstützern der CDU. Für Aufsehen sorgt der Geldtransfer wegen einer beinahe parallelen politischen Entscheidung über strengere Abgasnormen für Autos in Europa. Deutschland verhinderte dazu am Montag beim Treffen der 28 EU-Umweltminister in Luxemburg eine Einigung. Ein bereits gefundener Kompromiss soll nun nochmal geändert werden. Betroffen von einer Reduzierung der Abgaswerte sind in erster Linie die Hersteller von Oberklassenlimousinen.

Ein Sprecher der Familie Quandt wies einen Zusammenhang zwischen der Spende und der Ablehnung höherer Umweltvorgaben für deutsche Limousinen bei der EU durch die Bundesregierung zurück. Das Geld sei deshalb erst Anfang Oktober überwiesen worden „weil nicht der Eindruck einer Beeinflussung des Wahlkampfs durch die Unternehmerfamilie entstehen sollte“, sagte der Sprecher der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Die Spende sei zudem auch ein Anerkenntnis, „für die sehr erfolgreiche Arbeit der Bundeskanzlerin bei der Bewältigung der Euro-Krise“. Die Entscheidung über die insgesamt drei Spenden á 230 000 Euro sei bereits im Frühjahr gefallen. Darin enthalten seien auch Zuwendungen von dreimal je 60 000 Euro für die hessische CDU. Der Familienvertreter wies weiter darauf hin, dass die Familie bereits seit Jahrzehnten bürgerliche Parteien unterstütze.

Der nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Remmel (Grüne), forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, zur zeitlichen Verquickung der Großspende mit der Entscheidung über strengere Abgasnormen für Autos in Europa Stellung zu nehmen. „Wenn es einen direkten Zusammenhang gibt zwischen den Spenden und der Verschiebung der Abstimmung zu CO₂-Grenzwerten für Autos, dann kann die Bundeskanzlerin das nur entkräften, indem sie ihre politische Blockadehaltung in dieser Klimaschutzfrage räumt“, sagte Remmel Handelsblatt Online. „Der Verdacht, dass hier eine politische Entscheidung gekauft wurde, muss ausgeräumt und im Rahmen von Koalitionsverhandlungen korrigiert werden.“

Weiterlesen auf handelsblatt.com

Quelle: <http://derwaechter.org/skandal-riesen-spende-an-cdu-bmw-hat-merkel-im-sack>

Eskaliert der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine? Kiew prüft Kriegsrecht – Poroschenko alarmiert Reservisten

Epoch Times 26. November 2018 Aktualisiert: 26. November 2018 6:38

Nach dem gewaltsamen Vorgehen der russischen Küstenwache gegen drei Schiffe der ukrainischen Marine vor der Halbinsel Krim könnte das Parlament in Kiew das Kriegsrecht ausrufen.



Pedro Poroschenko auf einer Pressekonferenz in Berlin. Foto: Getty Images

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine droht zu eskalieren. Nach dem gewaltsamen Vorgehen der russischen Küstenwache gegen drei Schiffe der ukrainischen Marine vor der Halbinsel Krim könnte das Parlament in Kiew am Montag das Kriegsrecht ausrufen. Ebenfalls am Montag wird sich der UN-Sicherheitsrat in New York mit der Lage befassen. Die EU und die Nato zeigten sich besorgt und riefen zur Deeskalation auf.

Der Vorfall ereignete sich am Sonntag an der Straße von Kertsch, einer Meerenge zwischen der Krim und Russland, die das Schwarze Meer mit dem Asowschen Meer verbindet. Die Ukraine wirft Russland vor, drei seiner Marineschiffe beschossen und aufgebracht zu haben. Dabei seien sechs ukrainische Marinesoldaten verletzt worden, zwei von ihnen schwer. Bei den betroffenen Schiffen handelt es sich demnach um zwei kleine Kriegsschiffe und einen Schlepper.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB, der auch für den Grenzschutz zuständig ist, bestätigte, die ukrainischen Schiffe seien mit Einsatz von Waffen gestoppt worden. Russische Kräfte seien an Bord gegangen und hätten die Schiffe durchsucht. Demnach wurden drei ukrainische Soldaten verletzt und medizinisch versorgt. Sie seien nicht in Lebensgefahr. Der FSB warf den ukrainischen Marineschiffen vor, die russische Grenze verletzt und „in russischen Hoheitsgewässern illegale Aktivitäten“ betrieben zu haben.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verurteilte dagegen einen „aggressiven Akt“ Russlands und eine „vorsätzliche Eskalation“. Bei einer dringend einberufenen Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates wurde am Sonntagabend beschlossen, für 60 Tage das Kriegsrecht zu verhängen. Das Parlament muss dem noch zustimmen und wird sich am Montagnachmittag mit der Frage befassen.

Poroschenko bekräftigte, es handle sich nicht um eine „Kriegserklärung“ an Russland. Das Kriegsrecht solle lediglich zu Verteidigungszwecken verhängt werden. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin rief die westlichen Verbündeten auf, sich der Aggression Russlands entgegenzustellen.

Der UN-Sicherheitsrat in New York wird sich am Montag (11.00 Uhr Ortszeit; 17.00 Uhr MEZ) in einer Dringlichkeitssitzung mit der Lage befassen. Beantragt wurde die Sitzung nach Angaben von Diplomaten von Russland und der Ukraine.

Derweil rief EU-Kommissionssprecherin Maja Kocijanic alle Beteiligten auf, „mit größter Zurückhaltung zu agieren, um die Situation sofort zu deeskalieren“. „Die Spannungen im Asowschen Meer und

in der Straße von Kertsch haben sich heute gefährlich verstärkt“, erklärte Kocijanic. „Wir erwarten von Russland, die freie Passage der Straße von Kertsch wiederherzustellen.“

Auch die Nato rief zu „Zurückhaltung und Deeskalation“ auf. An Russland appellierte das Verteidigungsbündnis in einer Erklärung, „in Übereinstimmung mit internationalem Recht einen ungehinderten Zugang zu ukrainischen Häfen im Asowschen Meer sicherzustellen“.

Die Straße von Kertsch ist sowohl für Moskau als auch für Kiew von größter Bedeutung. Die Meerenge ist die einzige Verbindung zwischen dem Schwarzen Meer und dem nördlich gelegenen Asowschen Meer. Am Asowschen Meer liegen unter anderem das von pro-russischen Separatisten kontrollierte Industriegebiet Donbass und die Hafenstadt Mariupol, die letzte noch von Kiew kontrollierte große Stadt im Osten der Ukraine und ein wichtiger Industriestandort.

Die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau sind seit Langem äußerst angespannt. Russland hatte die Krim im Frühjahr 2014 annektiert. Die ukrainische Regierung wirft Moskau überdies vor, pro-russische Kämpfer bei dem Konflikt in der Ostukraine aktiv zu unterstützen. (afp)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/welt/eskaliert-der-konflikt-zwischen-russland-und-der-ukraine-kiew-prueft-kriegsrecht-poroschenko-alarmiert-reservisten-a2719857.html>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

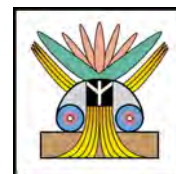
Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2019
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz